

# GRAZER Stadtblatt

www.kpoe-graz.at

Ausgabe 06, September 2007 • Österreichische Post AG / Postentgelt bar bezahlt • RM 06A036682 • 8020 GRAZ

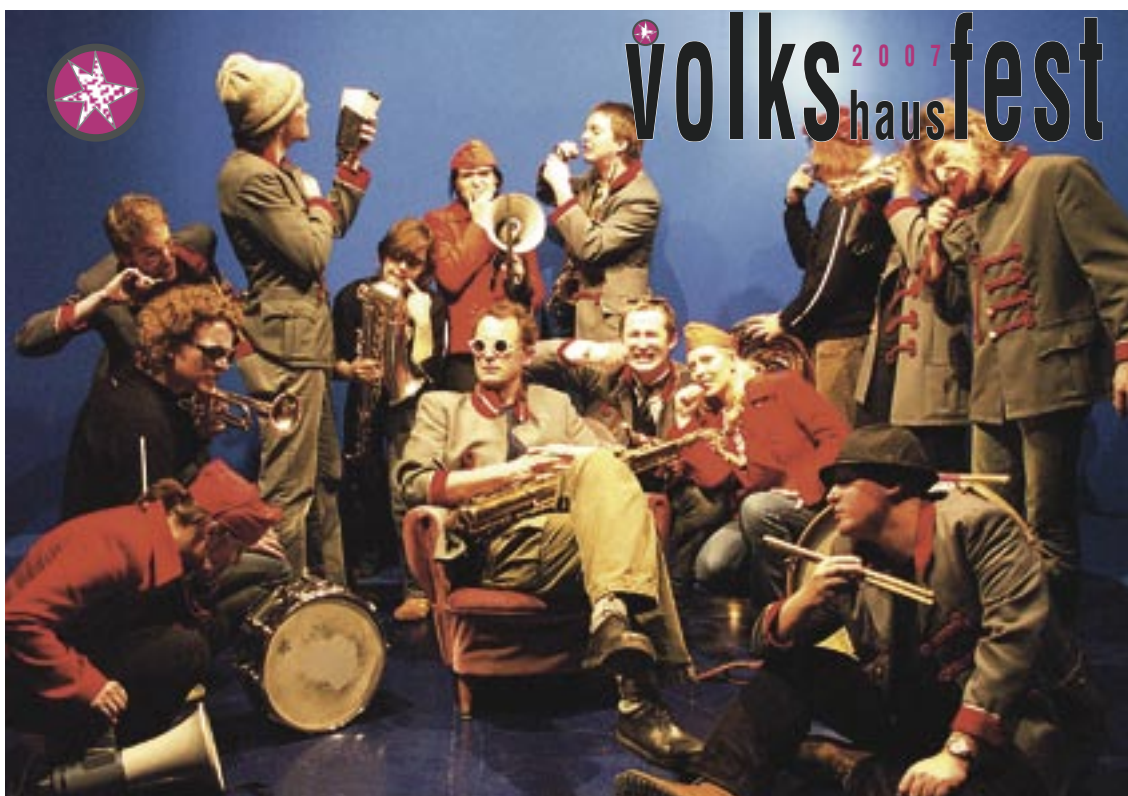
Zeitung der **KPO** Graz



## Brot und Milch teuer wie noch nie

### Regierung muss handeln!

Brot, Milch, Bier, Benzin und viele andere Dinge des täglichen Bedarfs machen in diesem Jahr einen riesigen Preissprung. Die Teuerungswelle droht uns zu überrollen. Wir informieren auf Seite 2 und 3 über die Hintergründe. Beteiligen Sie sich bitte auch an unserer Leser/innen-Umfrage zum Thema auf der letzten Seite!



Am Samstag, dem 8. September, geht es in der Lagergasse 98a wieder rund: Das Volkshausfest mit vielen musikalischen und kulinarischen Attraktionen (im Bild die Mobile Musikalische Eingreiftruppe) und eigenem Kinderprogramm sorgt für gute Stimmung und Unterhaltung bei Groß und Klein (S 14 und 15).

ÜBERBEZAHLT:  
**Manager der Stadt  
kassieren ab** S. 6/7

Helfen statt reden:  
**Geschäfte mit der  
Wohnungsnot** S. 8

WAS TUN?  
**Im Krankenstand  
gekündigt** S. 13



### INFORMATIONSBEND FÜR MIETER/INNEN

Donnerstag, 13. September 2007, 19.00 Uhr

Karl Drews Klub im Volkshaus Graz, Lagergasse 98 a

KPÖ-Wohnungsstadträtin Elke Kahr und eine Juristin (Mietrechtsexpertin) informieren über die aktuelle Rechtslage und stehen für Fragen zur Verfügung.

Helfen statt reden.

Mieternotruf  
**717108**

ELKE KAHR

KPO



www.kpoe-graz.at

## Preisregulierung?

Milch und Brot werden teurer. Wir haben die Grazerinnen und Grazer gefragt, was sie von einer gesetzlichen Preisbindung für Grundnahrungsmittel halten.

**W**enn selbst Milch immer teurer wird, sehe ich das nicht so entspannt. Vor allem Menschen mit niedrigeren Einkommen spüren das. Gesetzlich festgelegte Höchstpreise wären sinnvoll. (Gamerith Sabina, Feng-Shui-Beraterin)



**B**ei alltäglichen Lebensmitteln, wie z.B. Salat und Milch, merke ich schon, wie diese Preissteigerungen ins Geld gehen. Daher wäre ich für fixe Preise bei Grundnahrungsmitteln. (Anna Mazuheli, Pensionistin)



**N**atürlich wirken sich die Preissteigerungen bei einem 4-Personen-Haushalt eher aus als bei mir, aber ich denke, wenn der Handel nach Jahren endlich wieder mehr Geld einnimmt, kann er damit auch leichter Arbeitsplätze sichern. (Erich Stingl, Pensionist)



**I**ch bin gegen billige Grundnahrungsmittel, die nur durch EU-Subventionen finanzierbar wären. Leute, die vom Mindestsozialsatz leben müssen, spüren natürlich jede Teuerung, ob bei Essen, Miete oder Strom. Man müsste daher woanders ansetzen. (Daniel Franitza, Ingenieur)



**G**ute Qualität soll schon ihren Preis haben. Natürlich wären gesetzlich regulierte Preise für arme Leute eine Erleichterung. Ich bin aber nur dann dafür, wenn auch die Bauern für ihre Arbeitständig bezahlt werden. (Judith Oberzaucher, Pädagogik-Studentin)



PREISE STIEGEN SEIT 2002 GEWALTIG AN

# Schlimm: Lebenswichtiges

Essen, Wohnen, Heizen: Lebenswichtiges ist seit der Euro-Einführung empfindlich teurer geworden. Unlängst stieg der Milchpreis um 10 Cent pro Liter, Brot und Fleisch sollen im Herbst teurer werden. Eine amtliche Preisregelung als Gegenmittel ist notwendig.

**F**ür alle, die täglich aufs Geld schauen müssen, wird es immer schwerer. Während die Preise für Elektrogeräte und ähnliches sinken, steigen jene für Lebensnotwendiges beständig an: Milch wurde eben teurer, die Brot- und Fleischpreise sollen im Herbst angehoben werden, auch die Kosten für Heizung und Strom steigen. Dabei verschleiern die zahlenmäßig kleinen Euro-Summen, die man beim Einkaufen auf den Tisch legt, die wahren Verhältnisse. In Wirklichkeit ist vieles ordentlich teurer geworden. Die Gehalts- und Pensionsentwicklung hält das nicht mit.

Gerade die Güter des täg-

lichen Bedarfs sind teurer geworden, hat die Statistik Austria herausgefunden. Ein Liter Milch war vor der Euro-Umstellung um 9,90 S zu haben, fünf Jahre später kostet er rund 1,05 Euro (14 öS). Einen Kilo gutes Brot bekam man 2001 um rund 28 S, inzwischen sind daraus 50 und mehr Schilling geworden.

### Heizölpreis um 80 % gestiegen

Restaurants, Frisierstuben, Kosmetikerinnen haben die Preise ebenso erhöht wie Energiekonzerne oder Vermieter. Die Mietkosten stiegen laut Arbeiterkammer von 2002 bis heute um 20 %. Noch steiler

ging es mit den Betriebskosten bergauf: plus 31 Prozent! Das liegt auch am Heizöl-Preis, der geradezu explodiert ist und laut AK von 2003 bis zum letzten Winter um 80 % zulegte.

Daran ist freilich nicht nur der Euro schuld, sondern die schädliche Energiepolitik seit der Privatisierung der Konzerne, die zum Preisdiktat ansetzen. Das zeigt sich etwa bei der OMV. Dank ÖVP/FPÖ/BZÖ-Privatisierungswelle ist der Einfluss des Staates geschwunden. Was bleibt ist Wehklagen über die Preise für Treibstoffe, die unaufhaltsam in die Höhe schnellen. Umgerechnet 0,74 Euro kostete ein Liter Diesel im Jahr 2002, heute hat er die Euro-Grenze überschritten und steigt weiter.

Beim Preisanstieg bei Lebensmitteln hingegen hört man von Milchknappheit in Asien, vom Ausfall bei der Getreideernte in



Die Regale sind voll in den Lebensmittelgeschäften. Der Inhalt hat beim Preis gewaltig zugelegt – und wird weiter ungehemmt teurer. Amtliche Preisregelung könnte helfen.

### HOHE PREISE

**Die meisten Preise** steigen stetig. Der Grund dafür ist die Inflation („Geldentwertung“), die in Österreich 2006 nur 1,5 % ausmachte. Wenn man eine durchschnittliche Inflation von 2 % pro Jahr berücksichtigt, dürfte ein Liter Diesel heute rund 11,8 Schilling oder 0,855 Euro kosten. Der tatsächliche Preis von 1,06 Euro ist reine Geschäftemacherei. Kaum jemand traute sich soviel zu verlangen, wenn er 14,58 Schilling kassieren müsste..

# immer teurer

den USA oder von anderen fadenscheinigen Dingen, die angeblich einen riesigen Einfluss auf unsere Lebensmittelpreise haben. In Wirklichkeit kassiert vor allem der Handel kräftig ab. Auch die produzierenden Landwirte schauen meist durch die Finger.

Wer glaubt, er tröstet sich mit einem Bier oder einem Verlängerten, darf keine fünf Jahre zurückdenken: Vor der Einführung des Euro Anfang 2002 war manches Krügerl Bier umgerechnet 2,20 Euro zu haben. Heute ist man mit 3 Euro gut bedient. Der Verlängerte, der einst samt Trinkgeld um großzügige 2 Euro serviert wurde, kostet heute 2,50 und mehr Euro.

### Schuldenfalle Euro

Also bleibt noch die Flucht in andere Realitäten – etwa ins Kino. Ab 5,50 Euro

ist man dabei. Obwohl: Früher reichten umgerechnet 3,60 Euro. Und für Popcorn und ein Getränk kommt ein stattliches Sümmchen dazu. Weil alles zusammen aber 10 Euro anstatt 137,60 S ausmacht, kommt es den Meisten nicht so schlimm vor, meint der Schweizer Uni-Professor Hans Wolfgang Brachinger, der die „gefühlte Inflation“ hinter dem Euro gesucht hat.

Die Unterschätzung führt zu höheren Ausgaben, überzogenen Bankkonten, Schulden, Problemen. Kein Wunder, dass die Armut steigt.

Ein Gegenmittel wäre die amtliche Preisregelung, wie sie vor dem EU-Beitritt in Österreich ganz gut funktioniert hat. Es werden Höchstpreise für lebensnotwendige Güter und Leistungen festgesetzt, die sich dann eben jede/r leisten kann.



foto furgler

## MEINUNG

Wohnungsstadträtin Elke Kahr:

# Konzerne machen große Kasse

**A**lles wird teurer – und keiner ist schuld daran. Dieser Eindruck wird in den Medien vermittelt. Wir sollen deutlich mehr für Brot, Milch, Fleisch, Obst und Gemüse zahlen, aber niemand profitiert davon.

Ist das wirklich so? Natürlich nicht. Die Produktion und der Verkauf von Nahrungsmitteln sind schon längst in der Hand international operierender Konzerne. Und die wollen jetzt Kasse machen. Das Versprechen billigerer Nahrungsmittel nach dem EU-Beitritt ist bei den Politiker/innen längst vergessen. Stattdessen zahlen wir für heimische Paradeiser 31 Prozent, für Erdäpfel inzwischen sogar 77 Prozent mehr!

**D**ie Politik tut so, als würde sie das alles nichts angehen. Man darf die Preisexplosion bei Grundnahrungsmitteln aber nicht tatenlos hinnehmen. Schließlich sind gerade Menschen mit geringem Einkommen, Pensionist/inn/en, Arbeitslose und Alleinerziehende besonders stark betroffen, wenn Milch, Brot

oder Fleisch empfindlich teurer werden.

Deshalb treten wir für eine amtliche Preisregelung bei Gütern des täglichen Bedarfs ein. Damit hätte das Ansteigen der Preise ein Ende.

Dieses System hat in den Jahren des Wiederaufbaus in Österreich funktioniert und wurde vor dem Beitritt zur EU abgeschafft. Sehr zur Freude von Großkonzernen und Handel, die mit riesigen Spannen für gewaltige Gewinne sorgen. Auf der Strecke bleiben in letzter Konsequenz wir alle, die wir beim Einkaufen von Lebensnotwendigem immer tiefer ins Börsel greifen müssen.

**W**enn Banken bei ihren Spekulationen Schiffbruch erleiden, bekommen sie sofort Geld vom Staat. Warum ist kein Geld für Ausgleichszahlungen an Menschen mit geringem Einkommen da, die sich ihr tägliches Brot kaum mehr leisten können?

Ihre Stadträtin Elke Kahr  
Tel. 872 2060  
elke.kahr@stadt.graz.at

## KLEIN, ABER MIT BISS



*Toll, dass ÖVP und SPÖ bei der KPÖ abgeschaut haben und auf Fairness im Umgang setzen wollen. Denn wir haben beim täglichen Hickhack noch nie mitgemacht.*

## INHALT

Hundewürstl ins Sackerl.....	4
Kautionsfonds für leistbares Wohnen .....	5
Überbezahlte Manager .....	6
Stadt verschenkt Geld.....	7
Elend wohnen in Graz .....	8
Zukunft des Gemeindebaus ...	9
Pech im Spiel.....	10/11
Die Mieter ausgesperrt .....	12
Krank gekündigt.....	13
Energie Graz übertreibt .....	17
Post macht sich Konkurrenz	19
Aus den Bezirken .....	20/21
EU: Militär-Verfassung.....	24

# Gedämpfte Brücke

Zwei 1400-kg-Schwingungstilger machen Edegger-Steg sicherer.

Nachdem im Vorjahr Bedenken an der Sicherheit des Edegger-Stegs laut geworden waren – eine Diplomarbeit bescheinigte dem Steg, dass er bei einem kaum zu erreichenden Schwingungsniveau brechen könnte – überprüften die Wirtschaftsbetriebe die Statik. Das Ergebnis war beruhigend: Es lag keine Sicherheitsgefahr vor.

Trotzdem sprach sich Stadträtin Wilfriede Monogioudis für den Einbau von „Schwingungstilgern“ aus: „Diese erhöhen das Sicherheitsgefühl für Fußgänger und letztlich kann man dadurch auch unwahrscheinliche Risiken definitiv ausschließen.“

Anfang August wurden nun

zwei Schwingungstilger auf der Unterseite des Stegs montiert. Rund 80 % der Schwingungen werden von den beiden Betonplatten, die an Stahlfedern hängen, schlichtweg geschluckt. „Dadurch erhöht sich einerseits das Sicherheitsgefühl für Fußgänger, andererseits wird die Konstruktion geschont, wodurch die Brücke eine höhere Lebensdauer erhält“, freut sich Stadträtin Monogioudis. Der Einbau kostete rund 40.000 Euro.

Der Steg wurde 1992 nach einem Entwurf der Architekten Günther Domenig und Herbert Eisenköck errichtet und nach dem verstorbenen Vizebürgermeister Erich Edegger benannt.



**100 Jahre Wirtschaftsbetriebe.** Seit 100 Jahren halten die Wirtschaftsbetriebe die Stadt in Schuss. Im Juli gab es ein großes Fest, bei dem sich Unzählige über die Arbeit der Wirtschaftsbetriebe schlau machten. Wirtschaftsbetriebe-Stadträtin Wilfriede Monogioudis verwies nochmals darauf, dass eine gute Leistung im Sinne der Grazer nur möglich ist, wenn die Wirtschaftsbetriebe nicht privatisiert werden.

## Wirtschaftsbetriebe Graz: 500 SACKERLSPENDER AUFGESTELLT

# Hundewürstel – ab ins Sackerl

500 neue Sackerl-Spender machen jetzt Hundebesitzern das Entsorgen ihrer Hundstrümmel leichter.

Hundstrümmel im Visier: 2,5 Tonnen Hundekot fallen pro Jahr auf Parkwiesen, Straßen, Kinderspielflächen; jedenfalls auf Orte, wo er nicht hingehört. Das soll nun anders werden. Die Wirtschaftsbetriebe stellen 500 neue Sackerl-Spender auf, die es den Hundebesitzern leicht machen, die Häufchen ihrer Lieblinge zu entsorgen.

Die Spender funktionieren denkbar einfach: Man zieht ein kostenloses Plastiksackerl aus dem grünen „Dispenser“, klaubt damit das Hundewürstel auf und wirft es gleich in den Mistkübel, der beim Sackerlspender steht. Ausreden, dass das mühsam sei oder umständlich oder nicht funktioniert, gibt es nicht mehr. Der Vorteil gegenüber den bislang aufge-

stellten „Gassimaten“: Nun gibt es die Sackerln gratis, und ein Mistkübel steht auch gleich dabei.

Der Anstoß dafür kam von der Fairness-Initiative gegen Hundekot. „Ich möchte mit diesem kostenlosen Service den Hundebesitzern entgegen kommen und hoffe, dass dieses Angebot gut angenommen wird. Je geringer die Verschmutzung auf Straßen und in öffentlichen Anlagen ist, desto besser klappt das Zusammenleben zwischen Tierbesitzern und Nicht-Tierbesitzern“, so KPÖ-Stadträtin Wilfriede Monogioudis.

Die Halter der rund 10.000 Grazer Hunde sind laut Straßenverkehrsordnung übrigens verpflichtet, die Hundstrümmel zu entsorgen. Wer das nicht tut, kann auch Strafe zahlen, so Wirtschaftsbetriebe-Chef Gehard Egger. Doch daran denkt man in Graz derzeit noch nicht. „Jetzt schauen wir einmal, ob die Sackerl-Spen-



W. Monogioudis und G. Egger: Gratis Hundekot-System.

der angenommen werden.“ Wenn nicht, dann müsse man irgendwann zu schärferen Mitteln greifen. Das Sackerl-

System wird kostensparend von den Wirtschaftsbetrieben selbst zusammengebaut. Gesamtkosten: 50.000 Euro.



## BÜRGERSCHAFT STATT BARGELD

# Kautionsfonds für leistbares Wohnen

1600 Euro im Schnitt: Kautionen für Wohnungen sind für immer mehr Menschen eine unüberwindbare Hürde, obwohl sie sich die Mieten leisten könnten. Die KPÖ denkt nun an einen Kautionsfonds von Stadt, Land und karitativen Organisationen, der eine große Hilfe für Mieter/innen wäre und mehr Sicherheit für Vermieter brächte.

*Immer mehr Menschen könnten sich zwar gerade noch eine kleine Wohnung leisten, aber sie scheitern an der Kaution.* Durchschnittlich 1.600 Euro macht eine Kaution für eine Wohnung in Graz aus, hat das Team von KPÖ-Wohnungsstadträtin Elke Kahr erhoben. Eine Summe, an der immer mehr Familien scheitern, berichtet die Wohnungsstadträtin von den Problemen derer, die zu ihr ins Büro kommen. Verglichen hat man 600 Wohnungen, die beim Studentischen

Wohnungsservice SWS im Juni dieses Jahres angeboten wurden.

## Drei Monatsmieten

Drei Monatsmieten macht die Kaution üblicherweise aus. „Immer häufiger kommen Familien, die um eine Zuzahlung für die Kaution fragen“, so die KPÖ-Wohnungsstadträtin. Eine Alleinerzieherin mit zwei Kindern etwa habe eine günstige Wohnung um 350 Euro Miete gefunden, aber für 1000 Euro Kaution reichte das

Einkommen nicht. Eine Studentin, die beim Jobben rund 550 Euro verdient, konnte die Kaution für eine 265-Euro-Wohnung nicht ohne Hilfe berappen. Ein Alleinverdiener mit 1.300 Euro Einkommen hätte für eine Wohnung um 550 Euro 1.700 Euro Kaution zahlen müssen – zu viel für ihn. Allein 9.000 Euro hat die KPÖ aus ihrem Sozialfonds – er wird von den Politbezügen der KPÖ-Politiker gespeist – im ersten Halbjahr 2007 für Kautionszuzahlungen verwendet.

## Hilfe bei Kaution

Die KPÖ hat dafür einen Lösungsvorschlag: Stadt und Land sowie karitative Organisationen sollen einen Kauti-

onsfonds einrichten. Geld wäre nicht viel zu bewegen, denn die Träger übernehmen dabei die Bürgerschaft für die Kaution von sozial bedürftigen Menschen. „Das wäre für die Mieter eine große Erleichterung und für die Vermieter brächte es die Sicherheit von seriösen Bürgern“, meint Elke Kahr.

Der Fonds ließe sich rasch und unbürokratisch einrichten, meint die Wohnungsstadträtin. Und auch das Risiko, dass damit viel Geld aufzuwenden sei, ist gering weil beim Auszug aus der Wohnung das Geld in den Fonds zurückfließt.

Ein entsprechender Antrag wurde in der letzten Sitzung des Gemeinderats vor der Sommerpause eingebracht.

## NEUE STADTBEZIRKE

# Graz vergrößern

Der Speckgürtel mit seinen Einkaufszentren und Betrieben profitiert von der Stadt, trägt aber nichts zu den Kosten bei. Eingemeindung würde Verwaltungskosten massiv senken.

„Die Eingemeindung ist eine gute Idee, die hoffentlich in absehbarer Zeit auch einmal umgesetzt wird.“ Das ist für Stadträtin Elke Kahr der Vorschlag, die Umlandgemeinden mit Graz zusammenzuschließen: „Graz stellt schon jetzt einen großen Teil der Infrastruktur für die Nachbargemeinden. Die Gegenleistungen dafür sind bescheiden. Durch den Wildwuchs an Einkaufszentren und die Zersiedelungen

werden aber im Gegenteil die Wirtschafts-, Verkehrs- und Umweltprobleme im Großraum Graz vergrößert. Nach der Eingemeindung wäre eine bessere Stadtplanung möglich. Auch für den sozialen Wohnbau gäbe es Perspektiven“.

Allerdings sei zu befürchten, dass SPÖ und ÖVP auf Landesebene hier als Bremsen tätig sein werden, weil sie mehr auf ihre Ortskaiser als auf die wirklichen Notwendigkeiten einer sinnvollen Regionalentwicklung im Großraum Graz Rücksicht nehmen.

Es wird geschätzt, dass sich durch das Eingemeinden von 15 Kommunen um Graz 8,7 Millionen Euro pro Jahr bei Politik und Verwaltung einsparen ließen!



**Neue Gemeindewohnungen.** Am unteren Ende der Raiffeisenstraße entstehen in einer ruhigen Gegend bis Herbst nächsten Jahres 23 neue Gemeindewohnungen. Beim Spatenstich freute sich KPÖ Wohnungsstadträtin Elke Kahr schon jetzt über die neue Anlage, die von der Ennstal/Neue Heimat Wohnbauhilfe als Übertragungswohnbau errichtet wird.

**Rat und Hilfe.  
Mieter-Notruf  
717108**

[www.kpoe-graz.at](http://www.kpoe-graz.at)



## 51 MILLIONEN Angst um die Öffis

Der Verkehrsdienstvertrag zwischen Stadt und GVB birgt einige Tücken.

51 Millionen Euro will man nun pro Jahr für den Betrieb von Bus und Bim in Graz locker machen, lautet der Grundsatzbeschluss der Stadt zum langfristigen Absichern des öffentlichen Verkehrs. Ein stattliches Sümmchen, könnte man meinen. Allerdings steckt wie so oft der Teufel im Detail, meint **KPÖ-Klubchef Josef Schmalhardt**. Denn der Vertrag sieht etwa „Rationalisierungspotenziale“ von 500.000 Euro pro Jahr vor. Das bedeutet einen Verlust von Arbeitsplätzen. Außerdem können die GVB ohne Rücksprache mit der Stadt das Angebot um bis zu 5 % ausdünnen. Und auch der Verkauf der Verkehrsbetriebe sei nicht vom Tisch.

## STADTRECHNUNGSHOF ÜBT KRITIK

# Überbezahlt: Manager im

645.000 Euro (8,9 Millionen Schilling) bekam Kongress-Chef Nikolaus Breisach als Abfertigung von der Stadt. Manager in städtischen Firmen verdienen zu viel, meint der Stadtrechnungshof.

**M**anager im Dienste der Stadt müsste man sein. Und das nicht einmal an vorderster Front. Selbst in der zweiten und dritten Reihe, sahen die meist politisch besetzten „Macher“ ordentlich ab. Die Wahnsinns-Abfertigung für Ex-Kongress-Chef Nikolaus Breisach ist nur die Spitze des Eisbergs bei den Gehältern der Chefs von städtischen Gesellschaften. Die KPÖ ersuchte den Stadtrechnungshof um Prüfung der Managergehälter. Das Ergebnis: Manager bekommen um gut 1.000 Euro pro

KPÖ-Gemeinderat Sepp Schmalhardt schaltete den Rechnungshof ein, um die Managergehälter durchleuchten zu lassen.



Monat zuviel – verglichen mit „gleichwertigen“ Leitern von Magistratsabteilungen.

Die Gesamtbezüge der Manager stehen laut Rechnungshof oft in keiner Relation zu ihrer Verantwortung. Die Höhe des Umsatzes passe nicht zur Höhe des Gehalts, so Rechnungshof-Direktor Günter Riegler. Vor allem Manager in der zweiten Ebene mit langfristig laufenden Verträgen seien überbezahlt.

Und das ist kein Wunder, wenn man sich ansieht, was die Chefs der Stadtfirmen auf ihren Gehaltszetteln vorfin-

den. 180.000 Euro jährlich kassierte Nikolaus Breisach als Kongress-Chef ab. Im Juli wurde der 59-Jährige in die Pension verabschiedet: Mit 180.000 Euro gesetzlicher Abfertigung plus einer freiwilligen Abfertigung von 120.000 Euro plus 345.000 Euro für eine seinerzeit nebulos vereinbarte Zusatzpension. Für die Stadt sei das noch das beste und günstigste Ende des Dienstverhältnisses, wurde im Sommer verlautbart. Blechen müssen die 645.000 Euro die Grazer Steuerzahler. Der Durchschnitts-Grazer mit einem Monatseinkommen von 1.850 Euro brutto (vor Abzug der Steuern) müsste für diesen Betrag übrigens 25einhalb Jahre arbeiten ...

### 200.000 Euro pro Jahr

Mehr als 200.000 Euro pro Jahr gehen an die Stadtwerke-Bosse Wolfgang Messner und Wolfgang Malik. 185.000 Euro

## AUS DEM GRAZER GEMEINDERAT

### Maßnahmen gegen Spielsucht

Der Grazer Gemeinderat unterstützte den dringlichen Antrag von KPÖ-Gemeinderat Georg Fuchs zum Thema Glücksspiel einstimmig. In einer Petition an den Steiermärkischen Landtag werden nun eine Standortabgabe für Wettcafés, eine Erhöhung der Abgaben pro Geldspielautomaten sowie strengere Bestimmungen zum so genannten „Kleinen Glücksspiel“ gefordert.

Damit soll der erlaubte Höchsteinsatz von 50 Cent nicht länger trickreich umgan-



gen werden können. Erfreulich, dass die Bemühungen der KPÖ gegen die Spielsuchtproblematik zunehmend Wirkung zeigen.

### Anfragen unbeantwortet

Mehrere Anfragen hat KPÖ-Gemeinderätin Lisbeth Zeiler im abgelaufenen Jahr an den Bürgermeister gerichtet. Auf die Antworten wartet sie zum Teil heute noch. Daher nahm die KPÖ-Gemeinderätin dies bei der letzten Gemeinderatssitzung zum Anlass, um eine Anfrage der besonderen Art an den Bürgermeister zu richten: „Welche Vorgangsweise schla-



gen Sie mir vor, um Antworten auf meine Fragen zu bekommen?“, so der Wortlaut ihrer Anfrage. Was hier amüsant klingt, gibt trotzdem über das Demokratieverständnis von Bürgermeister Nagl zu denken.

### Umwidmung Neuholdaugasse

Die Siedlung in der südlichen Neuholdaugasse beherbergt viele Kinder und Jugendliche. Auch der angrenzende Acker wurde in allgemeines Wohngebiet umgewidmet. Aus diesem Anlass wies KPÖ-GR Klubobmann Sepp Schmalhardt darauf hin, dass eine zu große Siedlungsdichte immer wieder zu Problemen zwischen Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen führt.

Er stellte daher den Antrag, die Stadt Graz möge die zuständigen Abteilungen



damit beauftragen, den an die bestehende Siedlung angrenzenden Teil als Sport-, Spiel- bzw. Parkfläche umzuwidmen oder die Bebauungsdichte so zu regulieren, dass eine Park-, Sport- und Spielfläche in angemessenem Ausmaß entstehen kann. Das könnte ein Ende für die Probleme bedeuten.

Liste 3 **KPÖ**  
Helfen statt reden  
**ELKE KAHR**

Schreiben Sie uns Ihre Meinung:  
KPÖ-Elke Kahr,  
Lagergasse 98a, 8020 Graz,  
Fax 71 62 91 oder E-Mail:  
stadtblatt@kpoe-graz.at

# Dienst der Stadt

brutto verdient eine Ebene darunter GVB-Chef Antony Scholz, wusste die Kleine Zeitung, Stadtwerke-Personalchef Felix Waldhauser wird seinem Vornamen gerecht: Der „Glückliche“ bekommt 165.000 Euro pro Jahr. Mit rund 7.500 Euro pro Monat ist der Job von Parkraum-Manager Günther Janezic dotiert, gut 5.500 Euro bekommt man in der Führungsetage der Baulandsicherungs-Gesellschaft (GBG). Und selbst die Leitung des Kindermuseums ist der Stadt mehr als 5.800 Euro wert.

Besonders ärgerlich bei den Stadtwerken oder der GBG: Zum einen, dass dort immer zwei Geschäftsführer sitzen müssen – je einer von der ÖVP und der SPÖ – obwohl meistens einer reichen würden. Und zum anderen, dass dort fast durchwegs Politzöglinge eingeschleust werden, die immer „ganz zufällig“ nach einer Ausschreibung als Beste hervorgehen.

## ALTPOLITIKER WOLLTE GELD

**Einst war Paul Tremmel** Vizebürgermeister der FPÖ, heute zählt er zu den BZÖ-Senioren. Als solcher versuchte er nun neuerlich, von der Stadt rund 36.000 Euro einzufordern.

Tremmel meint, das stehe ihm zu, da er als Vizebürgermeister (1986-1988) Pensionsbeiträge habe zahlen müssen, ohne einen Anspruch auf Pension zu haben. Die Stadt hat ja seinerzeit beschlossen, Altpolitikern keine Politpension mehr zu bezahlen.

Allein: Dieses Ansinnen wurde entsprechend der Gesetzeslage schon 1992 abgelehnt. Jedenfalls trifft es keinen Armen: Tremmel war mehr als sechs Jahre Bundesrat und bekommt eine gut dotierte Magistratspension...



Stadtrechnungshof: Stadt bezahlt Managern zuviel.



Den halben Aufschleißbeitrag gespart: Marienhütte

## MARIENHÜTTE Stadt verschenkt Geld

Offenbar kann es sich die Stadt Graz leisten, auf einen Betrag von 51.419,23 Euro (S 717.544,-) großzügig zu verzichten.

**W**ird sonst um jeden Cent gegeizt, der Grazer Bürgerinnen und Bürgern zugute kommen soll, so war man beim Eintreiben des Aufschleißbeitrages anlässlich der Widmungsbewilligung für das Stahl- und Walzwerk Marienhütte äußerst großzügig.

Dieser bereits im Jahr 1982 vorgeschriebene Betrag wurde nämlich auf Antrag des Unternehmens bis zur Erreichung der beantragten Bebauungsdichte gestundet.

Vergehen aber vom Zeitpunkt der Vorschreibung einer

Abgabe bis zu ihrer Einhebung 15 Jahre, verjährt diese und kann nicht mehr eingetrieben werden. Und genau das geschah im vorliegenden Fall.

Anstatt den Betrag von mehr als S 700.000,- in Evidenz zu halten und vor Ablauf der Verjährungsfrist einzufordern, leistete man sich im Finanzreferat der Stadt Graz den Luxus, diesen Termin zu verschlafen.

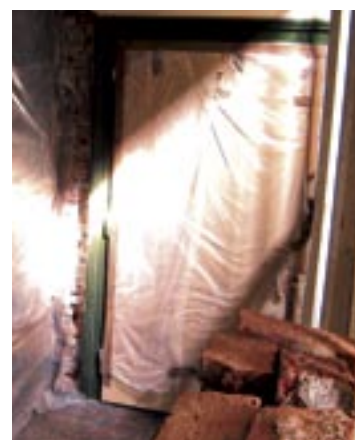
Erst 1998, zwei Jahre nach Eintritt der Verjährung, stellte man fest, dass die Bebauungsdichte zwar erreicht, aber der gestundete Betrag uneinbringlich war und schrieb ihn ab. 51.000,- Euro für eine längst erteilte Bewilligung: durch Schlamperei im Finanzreferat sind sie unwiederbringlich verloren.



250 Euro Monatsmiete für 17 Quadratmeter, dazu 600 Euro Kautiön.



„Smell Shit“ steht am WC eines Hauses am Entenplatz; so riecht es auch.



Neubaugasse: Eingangstür zur Wohnung im Abrisshaus.

LEIDER ZU OFT IN GRAZ:

## Geschäfte mit der Wohnungsnot

Vermieter verlangen in Graz Unsummen für Wohnungen, die diese Bezeichnung nicht verdient haben. Das zeigt: es sollte mehr Gemeindewohnungen geben, wie es die KPÖ fordert.

Wohnen im Abrisshaus – auch das gibt es in Graz. Herr P. kann ein Lied davon singen. Zusammen mit seiner Lebensgefährtin wohnte er lange Jahre zufrieden in der Neubaugasse, bis der neue Hausbesitzer das Wohnen zur Hölle machte. „Er hat Wände herausgerissen, den Weg zum WC außerhalb der Wohnung abgesperrt. Unsere Sat-Schüssel hat er abmontiert und mitgenommen und es dann anderen Mietern in die Schuhe geschoben.“

Innen schaute das Haus, in dem Herr P. lebte, aus wie das Kommodhaus zu „besten Zeiten“. Es war fast ausgehöhlt,

gut drei Jahre kletterten er und seine Lebensgefährtin vorbei an abgestützten Mauern und rohen Ziegelsteinen in ihre Wohnung im 1. Stock. „Normalerweise hätte es ein Benützungsverbot wegen Einsturzgefahr geben müssen“, so Wohnungsstadträtin Elke Kahr. Die Schlichtungsstelle der Stadt habe die Vorgehensweise des Besitzers gerügt. Inzwischen hat Herr P. samt Lebensgefährtin eine Gemeindewohnung bekommen.

### Einraum-Wohnungen

Wir wechseln in die Mariengasse. „Wohnungen zu vermieten“, ist am Haus Num-

mer 45 plakatiert. Hinter der Fassade ein langer Gang mit vielen Türen. Hinter jeder Tür liegt eine „Einraum-Wohnung“, besser gesagt ein Zimmer. Einige Mieter haben sich selbst Waschmöglichkeiten eingebaut. Auf fast 20 Wohnungen kommt eine Dusche am Gang. Der Preis: Für 17 m<sup>2</sup> verlangt der Vermieter 250 Euro – einen Wucherpreis. Und ein Fall für die Wohnungsschlichtungsstelle, wie die Wohnungsstadträtin erklärt, „dort ließe sich möglicherweise eine Mietzinsverringerung erreichen“. Doch davor scheuen die meisten Mieter zurück, wohnen dort doch Menschen, für die diese Bleibe die letzte Chance ist. Und damit spekulieren die Vermieter.

So auch der Eigner eines Hauses am Entenplatz. „440 Euro Kautiön musste dort ein

Mieter für eine Bruchbude bezahlen“, ärgert sich die Wohnungsstadträtin, „der Besitzer schert sich dort um überhaupt nichts“. „Smell shit“ steht auf der WC-Tür – und genau so riecht es auch. „Uns wird das Leben mit Absicht zur Hölle gemacht“, sagt Herr L., der dort seit 65 Jahren wohnt. Man wolle ihn rauskeln, um die Wohnung aufzuteilen und damit mehr verdienen zu können.

Derartige Behausungen gibt es viele in Graz, weiß die Wohnungsstadträtin, heruntergekommene Häuser, um die sich die Besitzer nicht kümmern, die sie aber dennoch für überteuerte Mieten vergeben. Wenn die Stadt Graz mehr Gemeindewohnungen hätte wäre so ein Mietwucher nicht möglich!



TAGUNG „WOHNEN MACHT ARM“

# Sozialer Wohnbau notwendig wie nie

Mehr Qualität zu günstigen Mieten sollen Gemeindewohnungen haben. Und sie sind nicht wegzudenken in unserer Zeit, in der immer mehr Menschen von Wohnungsnot betroffen sind.

**D**ikiert bald nur noch der teure freie Markt viel zu hohe Mieten? Der KPÖ-Bildungsverein lud zur Tagung „Gegenwart und Zukunft des sozialen Wohnbaus“. Das Ergebnis stimmt nachdenklich, denn der teure, freie Markt nimmt in Österreich langsam überhand. Für Wohnungsstadträtin Elke Kahr ist klar: „Wohnen darf nicht arm machen.“ Sie setzt weiter voll auf den sozialen Wohnbau.

Der hat allerdings europaweit einen schweren Stand, so Harald Stöger, Sozialforscher an der Johannes-Kepler-Uni in Linz. Schon in den 1980er-Jahren wurden die Gemeindewohnungen in England an Private verkauft, jetzt gehe es damit „sogar in den Wohl-

fahrtsstaaten im Norden weiter“. Der Trend: Während man in den 1950ern noch auf einen sozialen Wohnbau mit niedrigen Mieten für die Mehrheit der Bevölkerung setzte, gehe es nun um das Auflösen sozialer Wohnbestände.

Österreich habe auf diesen Trend bisher weitgehend verzichtet und halte an der Wohnbauförderung fest. Die macht bei uns beinahe drei Milliarden Euro pro Jahr aus, weiß die Volkswirtschaftlerin Elisabeth Springler von der Wirtschaftsuniversität Wien. Das Geld wird als Objektförderung – zum Bau neuer Wohnungen – und als Subjektförderung – sie kommt Einzelpersonen zu Gute – verwendet. Letztere sei zwar sozial treffsicherer,

weil man damit genau die Bedürftigen versorgen könne. Dauerhaft niedrige Mieten lassen sich aber nur mit dem Wohnbau samt Objektförderung machen, so Springler.

Beim Wohnbau selbst müsse man auf Qualität achten, meint die Architektin Gabu Heindl. Zu oft seien neue Gemeindebauten eine Kopie von Häusern aus den 1920er-Jahren. „Es gibt Konzepte, mit denen sich großer Wohnraum günstig schaffen lässt“, weiß die Architektin, „man muss darauf achten, dass die Mieten niedrig bleiben.“

## Am sozialen Wohnbau führt kein Weg vorbei

Folgt Österreich der europäischen Entwicklung, dann ist mit niedrigen Mieten freilich bald Schluss. Die Zeichen stehen auf Sturm, hat doch etwa die Stadt Köflach den Verkauf von 300 Gemeinde-

wohnungen abgesegnet. Auch in Weiz wurden die Gemeindewohnungen verkauft. Die Folgen: Immer mehr können sich die Mieten nicht leisten, einkommensschwache Familien sammeln sich in Gebieten, wo es eben noch leistbare Mieten gibt, wo die Wohnqualität dafür schlechter sei, so Sozialwissenschaftler Stöger. Die Unzufriedenheit wächst und damit die Probleme vom Vandalismus bis zur Kriminalität. Jeder erinnert sich noch an die erschreckenden Bilder aus Pariser Vororten.

Es ist wichtig, dass das Fördersystem soweit greift, dass nicht Familien oder Personen gerade herausfallen und damit vergleichsweise sehr hohe Wohnkosten haben; das ist die Ursache für die „neue Armut“.

Eine Dokumentation der Tagung erscheint beim KPÖ Bildungsverein: Tel. 22 59 31.

## HUMMELKASERNE

**Immer mehr** spricht für die KPÖ-Forderung, endlich mehr gemeindeeigenen Wohnraum zu schaffen – etwa am Kasernengrund in der Peter Rosegger Straße. Die Hummel-Kaserne wird ja aufgelassen, das Grundstück wäre ideal für den Bau vieler Gemeindewohnungen.

SPÖ-Verteidigungsminister Norbert Darabos hat der Stadt geschrieben, dass ihm „soziale Lösungen immer ein persönliches Anliegen sind“. Und die Zeit für Verhandlungen ist jetzt günstig, denn der Verkauf der Kasernengründe verlaufe stockend, so Wohnungsstadträtin Kahr in Richtung des zuständigen SPÖ-Finanzstadtrates Wolfgang Riedler: „Es ist zu hoffen, dass der einstimmige Gemeinderatsbeschluss vom Februar 2006 umgesetzt und der wichtige Kasernengrund gekauft wird.“

Sozialer Wohnbau – notwendiger denn je: Tagung der Grazer KPÖ



Elisabeth Springler

Gabu Heindl

**Rat und Hilfe.**  
**Mieter-Notruf**  
**717108**

[www.kpoe-graz.at](http://www.kpoe-graz.at)



Wohnungsstadträtin  
**ELKE KAHR**

Helfen statt reden

**KPÖ**

DER STEIRISCHE GLÜCKSSPIELMARKT BOOMT – RIESENGEWINNE FÜR BETREIBER

# „Glücksspiel“ – Weder Glück

„Glück in der Liebe – Pech im Spiel“, sagt der Volksmund, doch wer dem Glücksspiel verfallen ist, riskiert meist, neben Hab und Gut auch diejenigen zu verlieren, die ihm lieb und teuer sind.

Es tarnt sich als Spiel, doch dahinter verbirgt sich bitterer Ernst: Das Glücksspiel. Spielen bedeutet unbeschwertes Ausprobieren-Können ohne negative Folgen für das wirkliche Leben. Das Glücksspiel hingegen gaukelt mit diesem positiv besetzten Begriff vor, ein Spiel zu sein, was es nicht ist. In Wahrheit ist

es eine „Wette gegen Geld“, sagt Univ.-Prof. DDr. Nikolaus Dimmel (siehe auch Artikel rechts „Heißes Eisen Spielsucht“) – eine Wette, die umso mehr diejenigen anzieht, die so wenig von diesem Geld haben, Arbeiter für niedrige Löhne, Überschuldete, Verlierer auf dem sogenannten „freien Markt“. Schlechte Bezahlung

für Arbeit ohne Ende lässt den Wunsch, es „den Reichen“ eines Tages gleichzutun, zum unerfüllbaren Traum werden. Die Glücksspielwerbung macht sich mit Slogans wie „alles ist möglich“ und dergleichen diese Träume zunutze.

Je mehr allerdings verloren wird, umso größer wird der „Erfolgsdruck“ der Spieler, die Notwendigkeit, zu gewinnen. Mehr und mehr wird um die nackte Existenz gespielt.

Schon das Brecht'sche „wärs du nicht reich, wär



Univ.-Prof. Nikolaus Dimmel

ich nicht arm“ lässt allerdings ahnen, wer tatsächlich gewinnt beim Glücksspiel. 2006 überstieg der Umsatz der



## UNTERSCHRIFTENAKTION:

# Keine Geschäfte mit der Spielsucht!

An die Steiermärkische Landesregierung!  
An den Steirischen Landtag!

Die Spielsucht wird zu einem immer größeren Problem. Viele Existenzen wurden ruiniert, nicht selten führt die Sucht in die Beschaffungskriminalität. Die Betreiber der „Minicasinos“ sprechen mit ihrer Werbung gezielt Jugendliche und Menschen in Notlagen an, die in der Hoffnung auf das große Geld ihr letztes Hemd verspielen. Der Gesetzgeber hat das „Kleine Glücksspiel“ auf Einsätze von maximal 50 Cent und Gewinne von höchstens 20 Euro beschränkt. Mit einfachen Tricks wird dieser vermeintliche Schutz aber umgangen, bei vielen der rund 5.000 Glücksspielautomaten in der Steiermark kann man in wenigen Augenblicken tausende Euro verspielen.

Wir fordern mit unserer Unterschrift das Land Steiermark auf, folgende Punkte rasch umzusetzen und dort, wo Bundeskompetenzen berührt sind, an die Bundesregierung heranzutreten, um eine gesetzliche Regelung zu erwirken:

- Klare gesetzliche Auflagen für Glücksspiele sowie strenge Kontrollen hinsichtlich deren Einhaltung.
- Verbot von Werbung für Glücksspiele.
- Massive Besteuerung von Geldspielautomaten und eine Standortabgabe für Wettcafés mit Zweckbindung dieser Steuereinnahmen.
- Mehr Schutz für Kinder und Jugendliche.
- Verbot von Zahlungen für Glücksspiele im Internet.

Name	Unterschrift
Adresse	

Name	Unterschrift
Adresse	

Name	Unterschrift
Adresse	

Eine Initiative des KPÖ-Klubs im Steiermärkischen Landtag: KPÖ-Landtagsklub, Landhaus, 8010 Graz, Telefon (0316) 877-5102.

Web: <http://spielsucht.kpoe-steiermark.at>, E-Mail: [office@kpoe-steiermark.at](mailto:office@kpoe-steiermark.at)

Unterstützungserklärungen bitte an obenstehende Adresse senden oder bei der KPÖ abgeben.

## ABER VIELE VERLIEREN IHRE EXISTENZ noch Spiel

Österreichischen Lotterien mit 2,04 Mrd Euro erstmals die 2-Milliarden-Marke. Allein gegenüber 2005 bedeutet das einen Zuwachs von 11,6 %.

Am freien Markt herrscht eben das Gesetz „Wer hat, dem wird gegeben.“ Hier können nur Gesetze regulierend eingreifen. Doch verunglückte Gesetze und die mangelnde Kontrolle ihrer Einhaltung haben die Steiermark zu einem Mekka für Spielautomatenbetreiber gemacht, was sich in einer besonders hohen Zahl von Spielsüchtigen niederschlägt.

So befinden sich von den 163 „Admiral Sportwetten“-Filiale in ganz Österreich 54 (!) allein in der Steiermark.

Die KPÖ wird sich daher

auch weiter für den besseren Schutz von Spielsüchtigen stark machen. Besonders gut gelingt dies durch die Mithilfe der Bürgerinnen und Bürger, die die Anfang Sommer gestartete Initiative der steirischen KPÖ gegen die Spielsucht so zahlreich unterstützen. Bereits mehr als 7000 haben ihre Unterstützung mit ihrer Unterschrift bekundet.

Mit der Problematik des „Kleinen Glücksspiels“ wird sich am 2. Oktober auch eine Veranstaltung des Steirischen Landtages befassen.“

**Im Internet finden Sie unter <http://spielsucht.kpoe-steiermark.at> weitere Informationen zur Spielsucht und zur Unterschriftenaktion.**



Auch auf Kinder übt das Überangebot an Glücksspiel-Möglichkeiten eine gefährliche Faszination aus.

## MEINUNG



foto furgler

Ernest Kaltenegger,  
KPÖ-Klubobmann im Landtag

## Ein gutes Geschäft?

Weitere 24 Prozent der einst zur Gänze dem Land Steiermark gehörenden ESTAG sollen zu Geld gemacht werden. 400 Millionen Euro wären auf die Schnelle vom französischen Konzern EDF dafür zu holen gewesen. Ein gutes Geschäft, wie Landeshauptmann Franz Voves frohlockte?

Die ESTAG gehört zu den letzten profitablen Betrieben des Landes. Jahr für Jahr fließen stattliche Summen an Gewinnen in die ohnehin schwindsüchtige Landeskasse. Durch einen weiteren Verkauf von Anteilen an diesem Unternehmen würde zwar auf einmal nochmals ein großer Batzen kommen, dafür würden die regelmäßigen Geldflüsse in der Zukunft deutlich spärlicher tröpfeln. Ist die Kuh einmal verkauft, so ist das Euter halt auch weg!

Die KPÖ hat sich immer gegen den Ausverkauf öffentlichen Eigentums ausgesprochen. Dabei ist es selbstverständlich

auch in der Frage ESTAG geblieben. Weil diesmal auch die ÖVP und die Grünen nicht mittun wollten, gab es im Landtag keine Mehrheit für einen Verkauf an die EDF. Ob die ÖVP auch in Zukunft bei ihrer Haltung bleiben wird, ist fraglich. Eine Bank sollte man darauf besser nicht setzen. Schließlich hatte sich die ÖVP bei der Verschönerung von öffentlichem Familiensilber in den vergangenen Jahren besonders hervorgetan.

Sollten sich die beiden Großparteien auf die Verteilung des durch einen ESTAG-Verkauf hereingekommenen Kuchens einigen, könnte die Sache sehr bald wieder anders ausschauen. SPÖ und ÖVP hätten sicher sofort ein Argument zur Hand, warum ein Verkauf der ESTAG angeblich eine so gute Sache sei. Draufzahler würden dann letztendlich wieder einmal die Steierinnen und Steirer sein.

Ernest Kaltenegger,  
Tel. 877 / 51 02

## „Heißes Eisen Spielsucht“

Ich halte die Spielsucht-Initiative in der Steiermark für sehr wichtig. Eine fortschrittliche politische Kraft greift damit ein heißes Eisen an. Die gesellschaftliche Dimension des Geschäftes mit der Spielsucht wird nämlich oft übersehen“. Das sagt der Salzburger Universitätsprofessor Dr. Nikolaus Dimmel.

In seinem Aufsatz „Leben im Kapitalverhältnis. Ein Glücksspiel“ befasst sich der Hochschullehrer, der praktischen Erfahrungen als Amtsleiter des Sozialamtes in Salzburg

von 1990 bis 1995 hat, mit diesem Thema. Ein Zitat: „*Der Zusammenhang von Kredit, Spiel und Armut ist evident. Überschuldet sind die niedrigen Einkommensschichten, spielsüchtig sind die sozialen Absteiger, für die der ersehnte Gewinn zwar die Befreiung von ihrer Prekarität bedeuten würde, die aber nicht mehr in der Lage sind, ihr Spielverhalten zu kontrollieren.*“ Der Text kann bei der KPÖ Graz, Tel. 71 24 79 angefordert werden. Web: [www.kpoe-steiermark.at/14.19.0.0.1.0.phtml](http://www.kpoe-steiermark.at/14.19.0.0.1.0.phtml)

SOZIALSERVICE

## Kinderzuschuss des Landes

Der Kinderzuschuss des Landes beträgt monatlich 145,35 Euro. Er gilt für die ersten 12 Lebensmonate des Kindes, solange die Anspruchsvoraussetzungen gegeben sind. Den Kinderzuschuss bekommt ein Elternteil (auch Adoptiv- oder Pflegeeltern- teil), wenn

- der Antrag innerhalb der ersten 12 Lebensmonate des Kindes gestellt wird und für dieses Kind auch Familienbeihilfe des Bundes gewährt wird
- der antragstellende Elternteil mit dem Kind im gemeinsamen Haushalt lebt
- der Hauptwohnsitz des Kindes und des beziehenden Elternteils in der Steiermark liegt

Für die Gewährung des Kinderzuschusses darf das monatliche Familien-Nettoeinkommen maximal folgende Höhe haben:

- 1 Erw., 1 Kind: 1.089,00 Euro
- 2 Erw., 1 Kind: 1.669,80 Euro
- 1 Erw., 2 Kinder: 1.452,00 Euro
- 2 Erw., 2 Kinder: 2.032,80 Euro
- 1 Erw., 3 Kinder: 1.815,00 Euro
- 2 Erw., 3 Kinder: 2.395,80 Euro
- 1 Erw., 4 Kinder: 2.178,00 Euro
- 2 Erw., 4 Kinder: 2.758,80 Euro
- 1 Erw., 5 Kinder: 2.541,00 Euro
- 2 Erw., 5 Kinder: 3.121,80 Euro

Den Antrag stellt man beim Gemeindeamt, beim Bezirksamt des Magistrates Graz oder im Referat Frau-Familie-Gesellschaft, Karmeliterplatz 2, 8010 Graz.

**Erforderliche Unterlagen:** Die Geburtsurkunde des Kindes, Meldezettel aller im Haushalt lebenden Personen, Nachweis über den Bezug der Familienbeihilfe (Bescheid oder Auszahlungsbeleg) sowie Einkommensnachweise.

Weitere Informationen und auch das Antragsformular finden Sie im Internet unter [www.steiermark.at/referat-ffg](http://www.steiermark.at/referat-ffg)

DSA Karin GRUBER  
KPÖ-Landtagsklub,

Herrengasse 16, 8010 Graz,  
Tel: 0316/877 51 01

E-Mail: [karin.gruber@stmk.gv.at](mailto:karin.gruber@stmk.gv.at)

## RAT UND HILFE

Mieterschutzverband  
Steiermark  
Sparbersbachgasse 61

Tel. 0316 / 38 48 30  
(GVB Linie 3 - Rechbauerstraße)  
Sprechstunden – Bitte  
um tel. Voranmeldung!  
Mittwoch 14.30 – 19.00 Uhr  
Freitag 9.00 – 11.30 Uhr  
[www.mieterschutzverband.at](http://www.mieterschutzverband.at)



Das Verkleben von Türschlössern gehört zu den Methoden, Mieter hinauszuekeln.

## WILDWESTMETHODEN IN GRAZER WOHNHÄUSERN Die Mieter ausgesperrt

Manchmal glaubt man sich zurückversetzt in die Zeit des Faustrechts, in eine Zeit, in der die Hausherrn ihre Mieter/innen für rechtlose Untertanen hielten und auch so behandelten ....

Was war passiert? Birgit S., seit einem halben Jahr arbeitslos, verbrachte einen Vormittag im Juni dieses Jahres beim Arbeitsmarktservice und besuchte danach ihre Schwester. Als sie am späten Nachmittag nach Hause kam und ihre Wohnung aufsperrn wollte passten ihre Schlüssel nicht mehr.

Ihr im selben Haus wohnender Vermieter teilte ihr lapidar mit, das Mietverhältnis sei ab sofort beendet, weil Frau S. mit ihren Mietzahlungen einen Monat im Rückstand sei. Ihre Sachen könne sie in einer Lagerhalle abholen. Frau S. wandte sich an das Büro von Stadträtin Elke Kahr. Dort kontaktierte man den Vermieter. Dieser war nach Rücksprache

mit seinem Anwalt rasch bereit, Frau S. wieder Zutritt zu ihrer Wohnung zu verschaffen und auch den Rücktransport ihrer Habseligkeiten zu veranlassen.

Elke Kahr: „Es ist ganz wichtig, die Miete pünktlich zu bezahlen. Wer den Mietzins schuldig bleibt, riskiert eine (teure) Räumungsklage, die schlimmstenfalls mit einer gerichtlichen Delogierung endet. Aber es gibt grundsätzlich keine eigenmächtige Delogierung ohne vorausgegangenes Gerichtsverfahren. Greift ein Vermieter dennoch zu solchen Wildwestmethoden, kann ihn der Mieter/die Mieterin wegen Besitzstörung klagen und im Extremfall auch noch die

Kosten für ein Ersatzquartier (Hotel/Pension) verlangen.“

Diese „Aussichten“ dürften unseren Vermieterrambo zum Einlenken gebracht haben. Frau S. konnte überdies eine Räumungsklage abwehren, indem sie mit Hilfe ihrer Schwester die ausstehende Miete sofort bezahlte.

**Tipp:** Müssen Sie damit rechnen, dass Ihr Vermieter ähnliches vorhaben könnte, verlassen Sie Ihre Wohnung nie ohne Ihren Meldezettel. Damit können Sie ausgewechselte Schlösser vom Schlüsseldienst wieder öffnen lassen.

*Sollten Sie, liebe Mieterinnen und Mieter, Fragen zu diesem Thema haben, kontaktieren Sie eine Beratungsstelle, etwa den Mieterschutzverband, den Mieternotruf der KPÖ (71 71 08) oder das Büro von Wohnungsstadträtin Elke Kahr (872-2060).*

## NICHT JEDE KÜNDIGUNG IST GERECHTFERTIGT

# Wegen Krankheit gekündigt?

Die arbeitsrechtlichen Bestimmungen werden immer komplizierter. Arbeiterkammerrat und GLB-Betriebsrat Peter Scherz hat uns einige immer wieder gestellte Fragen rund um die Kündigung beantwortet.

Peter Scherz ist Arbeiterkammerrat und GLB-Betriebsrat bei Magna. Bei arbeitsrechtlichen Fragen erreichen Sie uns unter 71 24 79 oder unter der Adresse: GLB, Lagergasse 98a, 8020 Graz.



**Stadtblatt:** Herr Scherz, immer wieder hört man davon, dass Leute im Krankenstand gekündigt werden. Darf das ein Arbeitgeber überhaupt machen? **Peter Scherz:** Hier kommt es immer wieder zu Missverständnissen. Im Grunde hat die Kündigung mit dem Krankenstand nichts zu tun. Hat ein Arbeitgeber zu wenig Arbeit, kann er den Arbeitnehmer/die Arbeitnehmerin

kündigen, denn warum sollte er mit der Kündigung warten bis jemand gesund wird, wenn er ohnehin nicht vor hat, ihn weiter zu beschäftigen?

**Stadtblatt:** Kommt hier nicht der Verdacht auf, der Arbeitgeber spricht die Kündigung nur aus, um Kosten zu sparen?

**Peter Scherz:** Natürlich muss der Arbeitgeber die ausgesprochene Kündigung begründen können. Wenn er kündigt, aber zugleich Arbeitskräfte mit der gleichen Qualifikation anstellt, kann der/die Gekündigte die Kündigung beim Arbeitsgericht anfechten.

**Grazer Stadtblatt:** Was ist eine Entlassung?

**Peter Scherz:** Die Entlassung beendet das Dienstverhältnis sofort und kann nur bei Vorliegen eines triftigen Grundes (Untreue, bestimmte strafbare Handlungen...) erfolgen.

**Grazer Stadtblatt:** Gibt es eine fristlose Entlassung im Krankenstand?

**Peter Scherz:** Nein, denn eine fristlose Entlassung muss von

der Arbeitgeberseite sofort bei Bekanntwerden eines triftigen Grundes ausgesprochen werden. Krankheit ist jedenfalls kein Entlassungsgrund.

**Grazer Stadtblatt:** Kann man in der Kündigungsfrist entlassen werden?

**Peter Scherz:** Viele Arbeitnehmer denken, jetzt, wo ich gekündigt bin, kann mir ohnehin nichts mehr passieren. Das ist ein Trugschluss. Wer z. B. die Arbeitspflicht verletzt oder mutwillig Firmeneigentum beschädigt, kann auch noch in der Kündigungsfrist entlassen werden.

**Grazer Stadtblatt:** Was kann der Betriebsrat im Falle einer Kündigung tun?

**Peter Scherz:** Möchte ein Unternehmen mehrere Arbeitnehmer kündigen, so muss es den Betriebsrat darüber rechtzeitig informieren. Er hat dann ein fünftägiges Einspruchsrecht.

**Grazer Stadtblatt:** Heißt das, er kann die Kündigungen verhindern?

**Peter Scherz:** In bestimmten Fällen

schon (zum Beispiel bei Sozialwidrigkeit). Eine Kündigungswelle aufgrund von Arbeitsmangel wird er aber auch nicht verhindern können.

**Grazer Stadtblatt:** Was tun, wenn man sich ungerecht behandelt fühlt und es im Unternehmen keinen Betriebsrat gibt?

**Peter Scherz:** Wer Gewerkschaftsmitglied ist, kann sich bei Problemen im Betrieb an diese wenden, ansonsten bietet die Arbeiterkammer Rechtsberatung und Rechtshilfe an.

**Grazer Stadtblatt:** Möchten Sie unseren Leser/innen noch einen Tipp geben?

**Peter Scherz:** Leider darf man nicht damit rechnen, immer und überall so behandelt zu werden, wie es den Gesetzen entspricht. Im Zweifelsfall lieber einmal öfter fragen als gar nicht. Außerdem sollte man in arbeitsrechtlichen Dingen seine Rechte sofort geltend machen. Wer hier zu lange zuwartet, riskiert, dass wichtige Fristen versäumt werden und Ansprüche verfallen.



Krankheit ist kein Kündigungsgrund.

## Sicherheit und Soziales gehören zusammen

F. St. Parteder



Innenstadt und Stadtpark sind immer wieder wegen der Kriminalität in den Schlagzeilen.

**KPÖ-Bezirksvorsteher-Stellvertreter Franz Stephan Parteder:** „Nur eine soziale Stadt ist eine sichere Stadt. Wer den Menschen Sicherheit und Perspektiven bietet, kann die Kriminalität am besten eindämmen.“

Soziale Probleme sind der Nährboden, auf dem die tägliche Kriminalität der Gewalt- und Eigentumsdelikte gedeiht. Die gestiegene Beschaffungskriminalität im Zusammenhang mit Drogen- und Spiel-

sucht und den kriminellen „Tagestouristen“ sind dafür Alarmzeichen.

Wir von der KPÖ haben das Leitbild einer Polizei und von Justizwacheorganen, die den Menschen hilfsbereit zur Seite stehen. Graz braucht mehr gut ausgebildete und motivierte Polizistinnen und Polizisten für den Dienst am Menschen. Ein gestärktes Vertrauen zwischen Bevölkerung und Polizei hilft, um Straftaten schon im Vorfeld durch Beobachtungen, Eigencourage und Zusammenarbeit mit der Exekutive zu neutralisieren.“

# GUT FÜR GRAZ

Leben und leben lassen. Sich um die Sorgen des täglichen Lebens in Graz kümmern. Reichtum besser teilen. Gute Arbeit machen und mit gutem Beispiel vorangehen (KPÖ-Politiker/innen verwenden den Großteil ihres Einkommens für Hilfesuchende). [www.kpoe-graz.at](http://www.kpoe-graz.at)

Liste 3



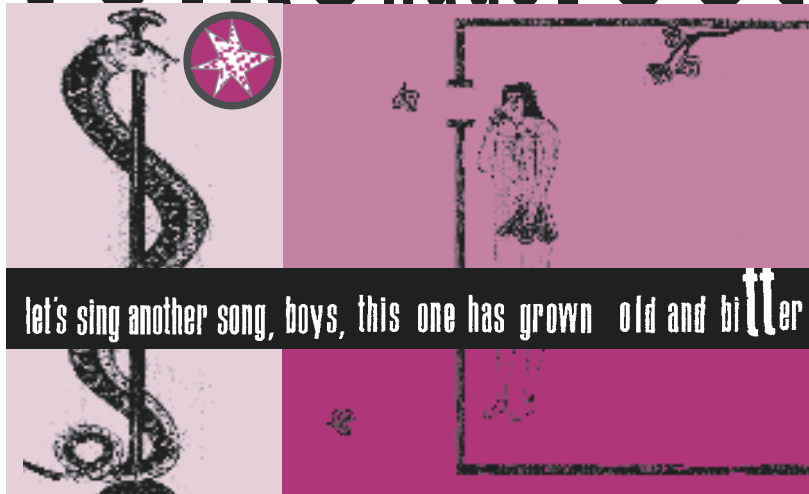
**KPÖ**  
Helfen statt reden  
**ELKE KAHR**

# volks<sup>2007</sup>hausfest

## AM 8. SEPTEMBER, LAGERGASSE 98A

### volkshausfest 2007:

Am 8. September um 15 Uhr steigt das Volkshausfest 2007 in der Lagergasse 98a. Fünf Musikgruppen werden bis spät in die Nacht für Schwung und Stimmung sorgen. Ein umfangreiches Kinderprogramm, Tombola, Cocktailbar und viele andere Attraktionen erwarten die Grazerinnen und Grazer auch dieses Jahr.



**DEISHOVIDA.** Zu Deutsch: „schon wieder die“. Nach Jahren der Bühnenabstinenz tauchen die Soundpiraten wieder ab in emotionale und intellektuelle Tiefen. Geboten werden seltene Schätze von französischer Bordunmusik bis zu afrikanischen Rhythmen.



**ORANGE.** Tanzbare Jazzgrooves der 2003 in Graz entstandenen Formation haben bereits bisher die Fachwelt aufhorchen lassen. Beim Volkshausfest wird die in Wien lebende Sängerin Sister Sadie mit ihrer charismatischen Stimme das Publikum zusätzlich zum Tanzen animieren.



Auch 2007 erwartet die Gäste des Volkshausfestes ein tolles Programm.

**deishovida**  
**Mobile Musikalische Eingreiftruppe**  
**Orange**  
**The Striggles**  
**Canice & Stiffla**

**8.9.**  
 ab 15 Uhr  
 Graz, Lagergasse 98a  
 bei jeder Witterung

• Großes Kinderprogramm • Tombola mit Elke und Ernest • Gratis Eis für Kinder • Flohmarkt

## DAS GEMÜTLICHSTE FEST IN GRAZ

# Für Groß und Klein

**E**in Fest mit Tradition und doch jedes Jahr neu: Das ist das Volkshausesfest. Am 8. September, dem letzten Samstag vor Schulbeginn, ist es auch heuer wieder soweit: Ab 15 Uhr geht in der Lagergasse 98a die Post ab. Fünf Musikgruppen spannen den Bogen vom Jazz bis zum HipHop.

Auch kulinarisch kommen alle vom Fleisch- bis zum Gemüsetiger bei Würstel, Salaten, Calamari, Chili & Co. auf ihre Kosten. Für Kinder gibt's Gratis-Eis, für die Großen gepflegte Getränke an der Cocktailbar.

Bereits zum zehnten Mal hat Lothar Lässer, Akkordeonspieler und Grazer mit Vorarlberger Wurzeln, dieses bunte Programm zusammengestellt, und er wird nicht müde, sich immer wieder Neues auszudenken: „Auf diesem Fest passieren viele Dinge gleichzeitig. Das ist beabsichtigt. Denn die Leute sollen sich treffen und miteinander reden können. Das macht das Flair des Volkshausesfestes aus“, meint Lothar Lässer.

Um 15.30 eröffnet die Gruppe deishovida das Programm mit Folk-Musik aus aller Herren Länder. Um 17.30 Uhr eilt die Mobile Musikalische Eingreiftruppe, eine verrückte Grazer Street-Combo, zu Hilfe und animiert mit Komik und Rhythmus zum Mitmachen. Mit groovigem Jazz, der in die Beine geht, folgt Orange.

Indes vergnügen sich die Kleinen auf der großen Kinderland-Spielestraße oder beim Kindertheater. „Viel Lärm um Musik“ steht auf dem Programm des Mezzanintheaters, aufgeführt in den neu errichteten Räumlichkeiten des Bildungsvereins.

Um 22 Uhr verlagert sich das Festgeschehen ins Innere des Volkshauses. Im großen Saal werden The Striggles mit Undergroundmusik und Canice & Stiffla mit Hip-Hop-Beats auf zwei Bühnen so richtig einheizen.

Und dazwischen kümmern sich DJ Josef mit zum Teil verlorengegangenen musikalischen Raritäten, DJ Sascha mit Soul und Funk sowie DJ Lepenik mit legendären Film-Sound-Tracks um das akustische Wohl der Gäste.

Bei der Saalgestaltung haben Lothar Lässer und Josef Fürpaß (Licht & Ton) nichts dem Zufall überlassen. Sie unterstreicht den fließenden Charakter des Volkshausesfestes, sodass das bunt gemischte Publikum nochmals so richtig durchgemixt wird und in Bewegung bleibt. Spezielle Lichtinstallationen und Videoprojektionen unterstreichen die Stimmung, verstreut arrangierte Sitzgarnituren sorgen für Gemütlichkeit.

Also auf zum Fest für alle Sinne und die ganze Familie!



**MOBILE MUSIKALISCHE EINGREIFTRUPPE.** Als ambulante Tanzkapelle ist die MME Medizin für Geist und Seele. Die Truppe verzaubert mit viel Blech, Holz, Trommeln, Rhythmus und Humor, aber ohne Hokuspokus.



**THE STRIGGLES.** Eine Band, die alle Erwartungen an „Rock“, „Indie“ und sonstige Genreschubläden lustvoll gegen den Strich bürstet. Also: die Ohren ganz weit aufsperrn und offen eine ganz besondere Qualität von Musik reinlassen!



CANICE & STIFFLA. Hip-hop.

### FÜR KINDER:

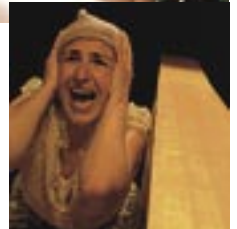
Auf der **Kinderland-Spielestraße** am Gelände des interkulturellen Kindergartens können sich die Kleinen beim Hürdenwettbewerb austoben, ihre Geschicklichkeit beim Nägeleinschlagen unter Beweis stellen oder beim Malen ihr künstlerisches Talent beweisen.

**Theater für Kinder** bietet das Mezzanin-Theater mit dem Stück „Viel Lärm um Musik“ in den neu errichteten Räumlichkeiten des Bildungsvereins.

Für **Schleckermäuler** gibt's außerdem **Gratis-Eis**.



Kinderprogramm und Kindertheater mit dem Mezzanin Theater



Tombola mit Ernest und Elke.

Konzert der Steirischen Volksstimme

GRAZER  
**Stadtblatt**

präsentiert:

## 9dinger und die geringfügig Beschäftigten

REFLEXIONEN nennt sich die erste CD von „9dinger und die geringfügig Beschäftigten“. Die Gruppe um die Sängerin Beatrix Neundlinger (ehem. Schmetterlinge) ist vor 4 Jahren als Reflex auf die Situation in Österreich entstanden. <http://www.9dinger.at/> Karten (VVK: 6 € AK: 9 €) unter: Tel. 22 59 31 oder 71 24 79.

Fr., 5.10.2007, 20 Uhr,  
KPÖ Bildungszentrum im Volkshaus Graz  
Lagergasse 98a, 8020 Graz



(c) 2006 Andreas Müller

PARTNERPROJEKT MIT STADT IN PALÄSTINA

# Mit Grazer Hilfe aus der Isolation

Unterstützung tut Not: Partnerprojekt mit palästinensischer Stadt Zababdeh soll den Ruf von Graz als Stadt der Menschenrechte festigen.



Graz: Partnerschaft mit Zababdeh.

Ein Zeichen des Friedens und der Solidarität soll das neue Partnerprojekt mit der Stadt Zababdeh in Palästina sein. Es geht darum, der 4.000-Seelen-Gemeinde auf die Beine zu helfen. Die Kleinstadt liegt im „ewigen“ Krisengebiet in der Westbank.

„Eine intensivere Zusammenarbeit mit europäischen Städten wäre für Kommunen wie diese ein erstrebenswerter Weg, ihre Isolation zu überwinden. Ein Weg, den Linz und Salzburg bereits durch Projekte mit Nicaragua beschritten haben“, meint KPÖ-Mandatar Andreas Fabisch.

Durch Kontakte der Grazer

Friedensplattform mit palästinensischen Basisgruppen wurde die Idee dieses Partnerprojektes entwickelt. Die Infrastruktur von Zababdeh ist durch die vielen Jahre der Fremdkontrolle noch nicht wirklich entwickelt, erst seit 1995 gibt es eine eigene Gemeindeverwaltung. Trotzdem verfügt diese kleine Stadt mit ihren 4.000 Einwohner/innen über ein Schulzentrum und beherbergt in ihrer Nähe sogar eine Universität. Die Religio-

nen leben friedlich neben- und miteinander.

KPÖ Gemeinderat Andreas Fabisch schlägt Partnerschaft und Hilfe in verschiedenen Bereichen vor: Mögliche Projektträger sind Universitäten und Fachhochschulen, kulturelle, kirchliche oder ökologische Einrichtungen. Der Gemeinderat unterstützte mehrheitlich den KPÖ-Antrag. Nun wird geprüft, ob sich eine derartige Partnerschaft umsetzen lässt.

## UNTERER PLATTENWEG

# Die Mauer muss weg

Seit 40 Jahren wohnt die Familie Schmidt am Unteren Plattenweg. Vor einem halben Jahr wurde aus der Idylle ein Albtraum: Denn unmittelbar neben dem Haus steht eine gut zwei Meter hohe Mauer, errichtet vom 2006 eingezogenen, neuen Nachbarn.

„Ich bin in meinem ganzen Leben noch nie so hereingelegt worden“, ärgert sich Margit Schmidt. Nun muss die Mauer beseitigt werden, so der endgültige Spruch der Berufungskommission.

Die ganze Misere begann eigentlich recht harmlos. Im Herbst kam der neue Nachbar – Richard Mayr leitet die Abteilung für Ortsbildpflege beim Land – und erbat eine Unterschrift für kleine Umbauten, so Margit Schmidt. Aus

einer Einebnung des Hanges mit leichter Abböschung und Stabilisierung wurden Geländeveränderungen im größeren Ausmaß. Eine Stützmauer sollte das Ganze sichern – direkt neben dem Haus der Familie Schmidt. „Es ist bedrückend, wenn wir aus dem Haus gehen.“ Außerdem rinne das Regenwasser seit den Umbauten wie ein Sturzbach zu den Schmidts.

Die Baubehörde hat gegen das Projekt zuerst einen Baustopp und dann einen Beseitigungsauftrag erlassen. Gegen den hat der Bauwerber berufen – die Berufung wurde abgelehnt. Nun muss die Mauer weg. Allerdings: In Graz ist noch kein unbewilligtes Bauprojekt geschleift worden. Damit schwebt eine nachträgliche Bewilligung der Mauer im Raum. Keine schönen Aussichten...

### CLIO & SMZ Liebenau

#### TAGUNG:

#### 60 Jahre Nürnberger Ärzteprozess – Kontinuität und Bruch in der Medizingeschichte

Dienstag, 11. September 2007,  
16.00 – 21.00 Uhr  
Stadtmuseum Graz, Sackstraße 18,  
8010 Graz  
Auseinandersetzung mit medizinischer Ethik und Geschichte.  
Infos: Mag. Dr. Heimo Halbrainer,  
Verein CLIO  
Tel/Fax.: 0316/35 71 94, heimo.halbrainer@clio-graz.net  
www.clio-graz.net

### ORF-EMPfang:

Am 24. September – später als zuerst angekündigt – dreht der ORF die bisher gebräuchlichen analogen Signale ab und sendet nur noch digital. Fernseher mit Dachantenne brauchen dann eine „d-vbt-Box“. Zusatzkosten sind vorprogrammiert. Es wäre schön, wenn diese über die ORF Gebühren rückergütet würden.

## Altenfachbetreuer/in – Ausbildung in Graz

Laut Statistik Austria sind derzeit 1,8 Millionen Österreicherinnen und Österreicher über 60 Jahre alt. In 40 Jahren werden es drei Millionen sein. Neben den Pflegeberufen gewinnt vor diesem Hintergrund auch der Beruf des Altenfachbetreuers weiter an Bedeutung, die Berufschancen sind gut.

Die Caritas bietet jungen Menschen ab Herbst 2007 daher eine reformierte modular-tige Ausbildung an, in der die Sparten Altenarbeit, Familienarbeit, Behindertenarbeit und Behindertenbegleitung miteinander kombiniert werden können. Der Ausbildungsweg zur



www.bigshot.at

Diplomsozialbetreuer/in bzw. Fachsozialbetreuer/in kann als Vollzeitausbildung oder berufsbegleitend beschritten werden. Die Ausbildung dauert entweder zwei, drei oder vier Jahre.

Im Bereich der Altenarbeit können im Caritas Ausbildungszentrum in der Grazer Wielandgasse noch Ausbildungsplätze angeboten werden. Interessierte können sich noch unter der Nummer 0316/824151-0 melden. www.sozialberufe.at.



www.bigshot.at



Trotz mildem Winter bleibt die Fernwärme der Energie Graz teuer..

## ENERGIE GRAZ: TROTZ MILDEM WINTER

# Aufschlag bei Fernwärme

Wer glaubt, der vergangene milde Winter würde niedrigere Fernwärme- und Erdgasverschreibungen bringen, irrt. Energie Graz präsentiert einen speziellen „Kundendienst“.

Viele Grazerinnen und Grazer staunten nicht schlecht darüber, dass sie trotz des vergangenen milden Winters und des geringeren Fernwärme- und Erdgasverbrauchs laut Jahresabrechnung nunmehr monatlich höhere Beiträge zahlen sollen als bisher.

Bei Durchsicht der „Kundeninformation“ zeigt sich der Grund: Es ist ein 20%iger Aufschlag, den die Energie Graz ihren Fernwärme- und Erdgaskunden serviert, um ihnen - wie es da wörtlich heißt - „in der nächsten Abrechnung eine zu hohe Nachzahlung zu ersparen“. Man könne ja keine Prognosen darüber abgeben, wie der kommende Winter 2007/08 verlaufe.

„Hinter diesen Worten verbirgt sich ein Griff in die Taschen der Fernwärmekunden zur eigenen Geldbeschaffung“, kritisiert Stadträtin Elke Kahr diese Vorgehensweise der En-

ergie Graz, „denn umgekehrt werden ja auch nicht 20%ige Abschläge gewährt, wenn der vergangene Winter besonders streng war.“

Geht die Rechnung auf, so kommt dies einem Gratisdarlehen der Fernwärme- und Erdgaskund/inn/en an die Energie Graz gleich; Geld, das den Fernwärme- und Erdgasversorger nichts kostet, denn für angelaufene Guthaben werden den Kunden bekanntlich keine Zinsen bezahlt.

Elke Kahr weist darauf hin, dass die Kund/inn/en von Energie Graz das Recht haben, diesen Aufschlag abzulehnen.

## Naherholungsgebiet

## Golf versperrt Wanderwege

Golfen oder Wandern – das ist in Thal die Frage. Der Golfplatz versperrt uralte Wanderpfade: Jetzt werden Proteste laut.

Jahrzehnte lang waren die ausgedehnten Wiesen und Wälder um die Landwirtschaftsschule Grottenhof-Hardt ein Paradies für Erholung Suchende. Damit ist Schluss, seit es den Golfplatz gibt. Die Greens um die zweiten 9 von 18 Löchern bedeuteten das Ende für lange benutzte Wanderwege: Durchgänge wurden versperrt, Verbotsschilder aufgestellt. Die Wanderer wehren sich jetzt.

Laut Bescheid des Landes müssen die Wanderwege erhalten werden. Davon scheint man beim Golfplatz nicht viel zu halten. Zäune aus Holz und Stacheldraht versperrten den Wanderern seit Generationen genutzte Wege – damit die Golfspieler ihre Ruhe haben. Dabei verlaufen die Wanderwege am Rande der Golfzone. Nun ist ein Machtwort des Eigentümers der Grundstücke gefragt – des Landes Steiermark.



Schreiben Sie uns Ihre Meinung: KPO-Elke Kahr, Lagergasse 98a, 8020 Graz, Fax 0316/71 62 91 oder E-Mail: [stadtblatt@kpoe-graz.at](mailto:stadtblatt@kpoe-graz.at)

Das kann doch nicht sein:  
In Graz haben wir  
schon mehr Spielhöllen  
als Kindergärten!

ELKE KAHR

KPO



aufrichtig  
sozial  
unverwechselbar

[www.kpoe-graz.at](http://www.kpoe-graz.at)

# ÖSTERREICH AUF DEM WEG IN MILITÄRBÜNDNISSE? Sterben für Europa?

Am 28./29. September 2007 veranstaltet die Alfred-Klahr-Gesellschaft in Kooperation mit dem Bildungsverein der KPÖ Steiermark und dem Verein für soziale Stadtentwicklung eine Konferenz zum Problem „Militarisierung der EU“.

Die „immerwährende Neutralität“ ist seit dem Beitritt zur EU und zur NATO-Partnerschaft für den Frieden längst untergraben. Die angestrebte Entwicklung der EU zu einem

Militärpakt wirft zahlreiche Fragen auf. Die Ende September in Graz stattfindende Konferenz möchte sowohl die rechtlichen als auch die sozialen und politischen Aspekte der

Foto: Bundesheer



Wie lange kann die Neutralität noch geschützt werden? Ist das Bundesheer auf dem Weg in die EU-Armee?

reclaim the game



## Fußball für alle

### MIXED FUSSBALLTURNIER

Pfarrwiese Karlauerkirche  
Sa., 15. September 2007, ab 9.00

#### Turnier

Es spielen 6 Personen pro Team am Platz, davon mindestens 2 Frauen.  
Anmeldungen bis 9. 9. 2007. Auslosung: 15. 9., 9.00 Uhr, Volkshaus Graz. Turnierbeginn:  
15.9., 10.00 Uhr, Pfarrwiese Karlau. Nennungen E-Mail: manfred.eber@kpoe-graz.at,  
leo.kuehberger@kpoe-steiermark.at

Nennungen unter: 71 24 79 oder 22 59 31

Podiumsdiskussion und Tagung

## Österreich auf dem Weg in Militärbündnisse?

Graz, 28. und 29. Sept. 2007



PODIUMSDISKUSSION  
Freitag, 28. September 2007, 19.00  
Gotische Halle, Stadtmuseum Graz

SYMPOSIUM  
Samstag, 29. September 2007, 10.00-17.30

Unterwanderung der Neutralität seit dem EU-Beitritt Österreichs beleuchten.

Den Auftakt zur Veranstaltung bildet eine prominent besetzte Podiumsdiskussion am Freitag, dem 28. September, in der Gotischen Halle im Stadtmuseum Graz, Sackstraße 18. Beginn: 19 Uhr. Moderieren wird Dr. Walther Leeb, Präsident der Alfred-Klahr-Gesellschaft. Diskussionssteilnehmer: Univ. Prof. Dr. Heinz Gärtner (Österreichisches Institut für Internationale Politik, Wien), Ernest Kaltenecker (Abgeordneter der KPÖ zum Steiermärkischen Landtag), Bundesminister a. D. Erwin Lanc, Präsident des „International Institute for Peace“,

sowie Univ.-Prof. Dr. Thomas Schönfeld (Österreichischer Friedensrat).

Am Samstag, dem 29. September, wird die Tagung ab 10 Uhr im Volkshaus Graz (Lagergasse 98 a) mit Referaten und Diskussionen verschiedener Fachleute zu Schwerpunktthemen der österreichischen Sicherheits- und Militärpolitik sowie der österreichischen Friedensbewegung fortgesetzt.

Eintritt frei, Informationen: 22 59 31.

## Kein Frieden mit dieser EU! Österreich muss neutral bleiben!

Neutralitätsfeiertag 2007



## Greifvögel statt Eurofighter!

### Festveranstaltung

der steirischen KPÖ zum Neutralitätsfeiertag 2007  
- für die ganze Familie!

Burg Oberkapfenberg

Fr. 26. Oktober 2007

10.00 Uhr Begrüßung Bgm. Brigitte Schwarz

Begrüßung: LAbg Ernest Kaltenecker und Stadträtin Elke Kahr

Lesung: Erich Hackl, Schriftsteller

„Mitfahrgelegenheit aus Graz!“  
Tel. 71 24 79

KPÖ-Bildungszentrum im Volkshaus Graz • Lagergasse 98a

Tel. 0316 / 22 59 31 – <http://bildungsverein.kpoe-steiermark.at>

Am 1. Mai wurde das KPÖ Bildungszentrum im Parterre des Grazer Volkshauses eröffnet. An-

geboten wird Hilfe in Wissensfragen, Veranstaltungen, Seminare und mehr: Tel. 22 59 31.



WURZELKRAFT  
VIKTORIA DUSLEAG

Weiters werden ab Sa., 8. 9. 07 regelmäßig Ausstellungen gezeigt: Am Fr. 21. Sept. gibt es ab 19 Uhr die Eröffnung der Ausstellung „Wurzelkraft“ mit einer Musikperformance von Patrick Dunst, Thomas Rottleuthner, Ewald Oberleitner und Berndt Luef

## ARBEITSKRÄFTE OHNE RECHTE

# Post macht sich selbst Konkurrenz

Die Privatisierung der Post hat viele Nachteile gebracht. Gute Jobs sind Billig-Arbeitsplätzen gewichen, das Service hat gelitten, damit die Aktienkurse stimmen. Jetzt sollen wieder weit mehr als 1000 Arbeitsplätze abgebaut und der Leistungsdruck erhöht werden.

Der Ärger über die neuen DEU-Briefkästen ist berechtigt. Aber es kommt noch ärger. Im Jahr 2001 kaufte die Österreichische Post die Werbemittel-Austrägerfirma Feibra. Nur wenige ahnten damals, welche Auswirkungen diese Übernahme haben würde. Noch 2001 verkündete die Post, man werde sich „selbstverständlich“ an die gerichtliche Auflage halten, Schlüssel für Brieffachanlagen nicht anderen Firmen zur Verfügung zu stellen, damit das Postgeheimnis gewahrt bleibe.

Doch plötzlich ist alles anders: Die Feibra-Zusteller erhalten Zentralschlüssel für alle Postkastenanlagen, und es gibt auch schon Gerüchte um einen regen Schwarzhandel mit den Schlüsseln, die weiteren privaten Zustellern den Zutritt zu den Briefkästen ermöglichen. Viele Menschen haben kein gutes Gefühl, wenn plötzlich völlig unbekannte Personen Zugriff auf ihre private Post haben.

## FOLGE DER PRIVATISIERUNG

Die KPÖ lehnt die „Sparpläne“ der Post AG entschieden ab. „Weniger Beschäftigte sollen mehr arbeiten, damit der Aktienkurs stimmt“, sagte der Grazer KPÖ-Gemeinderat Hubert Reiter, der selbst Postzusteller ist. Ernest Kaltenecker, sieht seine Befürchtungen bestätigt, dass Privatisierungen schlimme Folgen haben. Es ist fraglich, ob die Gewerkschaft noch die Durchsetzungskraft hat, um die Pläne des Vorstandes zurückzuweisen. Streiken ist in diesen Kreisen ohnehin schon fast verlernt worden.

### Moderne Sklaven

Wozu kauft die Post eine Austrägerfirma? Die hausinterne Konkurrenz kann viel billiger arbeiten als ihre Mutterfirma, die Post AG, denn im Gegensatz zur Post arbeiten die meisten Feibra-Mitarbeiter als „selbstständige Gewerbetreibende“ mit Werkverträgen. So gehen gute Arbeitsplätze bei der Post verloren und werden durch Billig-Jobs ersetzt. Der steirische KPÖ-Vorsitzende Franz Stephan Parteder: „Diese Beschäftigungsverhältnisse sind eine üble Form der Ausbeutung, bei der die Austräger weder versichert sind noch Anspruch auf Urlaub haben. Die Scheinselbstständigen sind auf dem Papier Unternehmer, in Wirklichkeit aber billige Arbeitskräfte ohne Rechte.“

Die Liberalisierung der Post hat den Menschen nichts gebracht. Die Tarife für Briefe sind teuer wie noch nie. Nur Großkunden profitieren von der Möglichkeit, auf billige Konkurrenten zugreifen zu können, der Großteil der Bevölkerung zahlt aber drauf: So wurden in Österreich bereits hunderte Postämter geschlossen, um den Aktienbesitzern möglichst hohe Profite zu beschern. Zu welchen Bedingungen die Menschen bei den Zustellern arbeiten müssen, spielt dabei keine Rolle.

### Weniger Service

Auch die Serviceleistungen der Post werden durch die Politik ihres Managements immer schlechter: So werden neuerdings Sendungen, deren Postleitzahl nicht ganz korrekt ist, sofort an den Absender retourniert. Parteder: „Die Post macht einen schweren Fehler, wenn sie das erworbene Know-



Hubert Reiter, Postzusteller und Grazer KPÖ-Gemeinderat fürchtet, dass die Qualität der Zustellung leidet.

how ignoriert, anstatt die Kunden durch gutes Service zu überzeugen. Die Schuld bekommen dann die Zusteller in die Schuhe geschoben, denen über die Medien ausgerichtet wird, sie würden nicht korrekt arbeiten.“

Dass die Post mit der Öffnung von Wohnhäusern und Briefkästen für Privatfirmen auch einen Vertrauensbruch

begeht, scheint dem Management gleichgültig zu sein. Aber auch die Briefträger geraten ins Hintertreffen, sind sie doch für die Instandhaltung der Hausbriefkästen verantwortlich. Das macht das Geschäft für die Privaten noch lukrativer: Alle greifen auf die vorhandenen Briefkästen zu, für die Instandhaltung muss aber der Briefträger der Post sorgen.

## SPRECHTAGE

des Zentralverbandes  
der Pensionisten

Montag bis Freitag  
von 10.00 bis 12.00 Uhr  
Lagergasse 98a, 8020 Graz

**Tel. 71 24 80**

um Voranmeldung wird gebeten.

**Wir helfen und beraten bei:**

- Anträgen um Pflegegeld
- Antrag für eine „einmalige Unterstützung“
- Absatzbeträgen für Lohnsteuer wie Erwerbsminderung, Diät, usw.
- Pensionsanträgen wie Alterspension, Invaliditäts- und Berufsunfähigkeitspension, Hinterbliebenenpension wie Abfertigung und Abfindung
- bei anderen Problemen

## Gedenken



Am 6. August jährte sich zum 62. Mal der Atombombenabwurf auf Hiroshima. Aus diesem Anlass gedachte die KPÖ in einer öffentlichen Aktion auf der Grazer Hauptbrücke der zahlreichen Opfer und machte mit Flugblättern, Ansprachen und Musik auf die noch immer drohenden Gefahren eines Atomkrieges aufmerksam.



**JAKOMINI**

**Hotel, Hotel...**

Am 2. August fand eine Bauverhandlung für ein neues Hotel am Schön-augürtel (gegenüber dem Hotel zur Stadt Feldbach) statt. „Auch wenn sich der Neubau nicht an den bestehenden Häusern orientieren wird, so ist gegen ein Hotel in unmittelbarer Nähe zur Stadthalle mit

ca. 230 Betten nichts einzuwenden“, berichtet KPÖ-BV-Stv. Herbert Wippel von der Verhandlung. „Wenn allerdings alle Hotelvorhaben, die rund um die Grazer Messe geplant sind, auch realisiert werden, werden wir wohl sehr bald leerstehende Hotel-Ruinen im Bezirk haben“, meint Herbert Wippel zu den Überkapazitäten, die hier geschaffen werden.



**Abschied nehmen**

Eben dort, wo nächstes Jahr schon ein 4-Sterne Hotel stehen soll, war bis vor kurzem auch ein Flüchtlingsheim der Caritas untergebracht. „Im Zusammenhang mit diesem Heim gab es nie Beschwerden. Auch der Bezirksrat Jakomini pflegte über die Jahre des Bestehens geschlossen über alle Parteigrenzen hinweg eine gute Nachbarschaft z.B. mit einem ‚Tag der offenen Tür‘“, erzählt Herbert Wippel. Am 6. Juli gab es deshalb ein Abschiedsfest zusammen mit einer Fotoausstellung ‚Nachbarn in Jakomini‘, zu der zahlreiche Anrainer, ehemalige Bewohner und Vertreter des Bezirksrats Jakomini gekommen sind.

**EGGENBERG**

**Lärmender Disco-Stadt**

Eine Tanzbar in der Eggenberger Allee war Auslöser von Anrainerprotesten gegen Lärmbelästigung. Nicht nur die Aktivitäten des Gastronomen im Gastgarten, die seit dem Frühjahr für Verärgerung sorgen, sondern auch der Lärm, den die Disco verursacht, verärgern die



Anrainer. Die Bau- und Anlagenbehörde bestätigt, dass der Betrieb derzeit überprüft wird und vor allem die Lautstärken der Musikanlage genau unter die Lupe genommen werden. „Mich stört aber auch, dass es ein Tradi-

tionslokal nötig hat, mit Aktionen wie 1 Euro für harte Getränke an Wochenenden bis knapp vor Mitternacht zu werben, was nachweislich dazu führt, dass stark Betrunkene um Mitternacht die Nachbarn terrorisieren“, meint dazu KPÖ-BV Stv.in Eva-Maria Fischer.

**Freundliches Bad**

Das Bad Eggenberg war in den letzten Jahren immer wieder in der Berichterstattung negativ erwähnt, sei es auf Grund des politischen Hickhacks um die Finanzierung oder wegen der immer wieder auf die lange Bank geschobene Sanierung. „Deshalb ist es mir ein Anliegen, einmal hervorzuheben, dass das Personal rund um den stellvertretenden Geschäftsführer Hubert Aumeier in all den Jahren sehr engagiert um das Wohl der Badegäste bemüht war und weiterhin ist“, möchte sich KPÖ-BV Stv.in Eva-Maria Fischer bedanken.

**INNERE STADT**

**Keilerunwesen**

Sie appellieren an das schlechte Gewissen der Passanten und erreichen auf diese Weise, dass viele sich dazu überreden lassen, gleich einen Dauerauftrag von ihrem Kon-

Verträge abzuschließen, ist gesetzlich verboten. Erlaubt sind lediglich In-fostände“, erinnert KP-BV-Stellvertreter Franz Stephan Parteder. „Das Keilerunwesen nimmt immer aggressivere Ausmaße an und stellt daher ein ernstes Problem in der Grazer Innenstadt dar. Viele getrauen sich schon nicht mehr in die Herrengasse aus Angst, belästigt zu werden. Diesem Zustand muss endlich ein Riegel vorgeschoben werden“, fordert der BV-Stellvertreter.



to abzuschließen, denn genau dies ist der Auftrag der Straßenkeiler, die im Namen von „Amnesty International“, „WWF“, „Vier Pfoten“ & Co von Fundraising-Firmen auf die Straße geschickt werden. „Auf der Straße solche

**PUNTIGAM**

**Puntigam: Bezirksversammlung**

Am 19. 9. findet im Brauhaus Puntigam eine Bezirksversammlung statt, zu der alle Bewohner des Bezirkes, die einzelnen Bürgerinitiativen und Verkehrsverantwortliche der Stadt eingeladen sind. „Angesichts der zahlreichen Problemkreise im Bezirk, wie Lärm, Schmutz und unerfüllte Auflagen in der Gradnerstraße, Verkehrsproblematik, Kovachalle usw. kann ich allen



min nicht zu versäumen“, so KPÖ-BV-Stv. Roswitha Koch, „denn unser Ziel muss es sein, gemeinsam für mehr Lebensqualität in Puntigam zu kämpfen.“

**STRASSGANG**

**Erst 12 Jahre...**

sind sie alt, aber sie halten schon den Europäischen Computerführerschein in Händen. Sechs Schüler/innen der Kooperativen Mittelschule Straßgang ist es gelungen, mit viel Interesse, Fleiß und Training die schwierige Prüfung zum EDCL-Führerschein trotz ihres zarten Alters erfolgreich zu ab-

solvieren. „Diese Leistung war nur möglich, weil ihre Informatiklehrerin, Frau Dipl.-Päd. Elfie Stepanek viel Begeisterung und persönliche Freizeit in das Projekt investiert hat. Dafür möchte ich ihr an dieser Stelle im Namen aller Beteiligten danken“, zeigt die Eggenberger KP-Bezirksvorsteher-Stv.In Eva-Maria Fischer sich begeistert von so viel pädagogischem Engagement.





## WALTENDORF

Moelkweg: Kein Gehsteig

Seit über einem Jahr macht das Linksabbiegeverbot von der Waltendorfer Hauptstraße in den Moelkweg vielen Menschen das Leben schwer. Ursprünglich war die Rege-



lung als Übergangslösung gedacht, weil für Frühjahr 2007 die Errichtung eines Gehsteiges in Aussicht gestellt wurde. Der Gehsteig kam nicht, dafür wird aus der Übergangslösung eine Dauerlösung. Gemeinderat Georg Fuchs (KPÖ) fordert von Stadtrat Rüsich endlich die Errichtung des versprochenen Gehsteigs, damit sich die Fußgänger keiner Lebensgefahr mehr aussetzen müssen – damit wäre auch das Linksabbiegeverbot hinfällig.

## ST. LEONHARD

Jugendzentrum saniert Grünareal

Das kleine Grünareal vor der Feuerwehreinfaht am Dietrichsteinplatz war



schon seit geraumer Zeit kein attraktives Plätzchen mehr. „Um so mehr freut es mich, dass das Jugendzentrum Dietrichskeusch'n sich dieser Fläche jetzt angenommen hat und das seit langem als Hundeklo verwendete Teilstück generalsaniert“, so KPÖ-Gemeinderätin Lisbeth Zeiler.

## WETZELSDORF

Stiefkind in Graz?

Es ist absurd, einerseits vergisst man die Infrastruktur in Wetzelsdorf zu verbessern und auszubauen, andererseits werden ständig neue Siedlungen aus dem Boden gestampft. So drängen sich an die Straßganger Straße ab der Kärntnerstraße nun schon 12 Siedlungen heran. „Eigentlich sollte sich das Stadtentwicklungskonzept auch um die lebenswerte Umwelt kümmern, doch das scheint in diesem Ressort kaum jemanden zu kümmern. Anstatt die Straßganger Straße auf Grund der vielen Siedlungen



zu entlasten, werden Verkehrsteilnehmer an der Kreuzung Kärntnerstraße/ Straßganger Straße noch animiert, die Straßganger Straße zu benutzen“, ärgert sich KPÖ-BV-Stv. Günther Leber. Mehrmals wöchentlich trägt ein drei Kilometer langer Stau maßgeblich dazu bei, dass der Gesundheitszustand der Bevölkerung an dieser Straße

durch die Luftverschmutzung erheblich verschlechtert wird.

„Es kann nicht sein, dass Wetzelsdorf wie das Stiefkind unter den Grazer Stadtbezirken behandelt wird“, so der Bezirksrat, der sich auch weiterhin mit ganzer Kraft für die Interessen der Bezirksbewohner einsetzen will.

Kein Gehsteig

Von der Schererstraße bis zur Wetzelsdorfer Straße verfügt die Straßganger Straße über keinen Gehsteig. „Die Bewohner die von den Eythsiedlungen kommen, aber auch Kinder, die vom Spielpark Schererstraße zur Bushaltestelle gegenüber der Eythgasse wollen, setzen sich regelmäßig einer großer Gefahr aus, denn es gibt hier nicht einmal einen Fußgängerübergang“, drängt BV-Stv. Günther Leber auf eine rasche Behebung dieses Mangels.

## LIEBENAU

Hochhaus-Hotel

Gegen den geplanten Hotel- und Bürokomplex an der Liebenauer Tangente gab es zahlreiche Einsprüche. „4 bis 5 Stockwerke sieht das Stadtentwicklungskonzept vor, da die Baustelle in einem Lärm- und Luftsanierungsgebiet liegt. Jetzt sind 21 Stockwerke geplant. Damit würde eine weitere Grazer Luftschleuse ganz einfach verbaut“, warnt KPÖ-BV-Stv. Max Korp. Hinzu kommt eine zu erwartende Verschärfung der bereits jetzt prekären

Parkplatzsituation sowie der Lärmbelastung in der Umgebung. Die geplante großflächige Verglasung wird energiefressende und Lärm erzeugende Klimaanlage unabdingbar machen. Korp bezweifelt auch die Sinnhaftigkeit des Projektes: „Wir haben schon bald mehr Hotels als leistbare Wohnungen in der Stadt“, kritisiert er.



## MARIATROST

Radweg

Leider findet der wunderschöne und sichere Mariatroster Radweg ein abruptes Ende an einer besonderen Gefahrenstelle. Radfahrer/innen, die in die Stadt fahren möchten, müssen nämlich – aus der Stenggstraße kommend – links in die stark befahrene Hilmteichstraße einbiegen und diese bis zur Schubertstraße befahren. „Vor allem für Kinder ist dies ein besonders riskan-



tes Manöver, verlaufen in dieser Straße ja auch die Gleiskörper der Straßenbahnlinie 1“, meint KP-Gemeinderat Andreas Fabisch und wird sich daher dafür stark machen, dass diese Schwachstelle des Grazer Radwegenetzes behoben wird.

## GEIDORF

Zu früh bedankt

Im letzten Grazer Städteblatt haben wir uns bei der ÖWG für die versprochene Sanierung der Bankerl bei den Seniorenwohnungen in der Körblergasse bedankt. „Doch das Versprechen scheint wohl ein verspäteter Aprilscherz gewesen zu sein“, ärgert sich KPÖ-Bezirksrätin Gerti Stangl, „denn bis heute ist in dieser Angelegenheit nichts geschehen. Es war wohl ein Fehler, dass wir uns zu früh bedankt haben“, bedauert die Bezirksrätin und wird daraus eine Lehre ziehen.

## LEND

Hundstrümmerl-frei

Auch im Bezirk Lend werden entlang des Murradweges demnächst die angekündigten Gassiautomaten aufgestellt. Fehlt nur noch ein öffentliches WC am Geh- und Radweg an der Mur. Aber auch dieser Mangel soll bald behoben werden. „Der Bezirksrat hat bereits beschlossen, einen beträchtlichen Teil des Bezirksbudgets für 2008 der Errichtung einer öffentlichen WC-Anlage zu widmen“, freut sich KPÖ-BV-Stv. Christian Carli. Der genaue Standort wird noch festgelegt.

## GÖSTING

Trinkbrunnen

Die Endhaltestelle Gösting ist Ausgangs- und Treffpunkt für viele Schulklassen und Hobbywanderer für Ausflüge in die nähere Umgebung (Ruine Gösting, Thalersee...). Gera-

de für Wanderer wäre ein Trinkbrunnen im Haltestellenbereich eine willkommene Erfrischung. „Ich plane daher, bei der nächsten Bezirksratssitzung einen diesbezüglichen Antrag einzubringen“, verspricht KPÖ-BV-Stv. Gerhard Strohriegel.



**KLEINANZEIGEN**

**Wohnung gesucht:**

Familie mit schwer behindertem 10-jährigem Kind (Vater berufstätig) sucht dringend **2-3-Zimmerwohnung** im Parterre. Wichtig: in der Umgebung vom Hirtenkloster, Eltern haben keinen Führerschein! Tel. 0664/795 6126.

Rüstige Seniorin sucht freundliche, sanierte **Garconniere bzw. Kleinwohnung**, wenn möglich mit Balkon (nicht im Parterre). Anrufe bitte unter Tel: 0676/53 52 341.

Nach 40 Jahren Berufstätigkeit in der Schweiz, jetzt in Pension, suche ich für mich eine **kleine Garconniere** im Westen vom Graz ab Anfang Oktober. Telefon : 0664/46 20 667 Herr Platzer.

Ehepaar sucht **kleines Häuschen** oder kleine Landwirtschaft in Graz oder nahe Graz zu kaufen, ab 50 m<sup>2</sup>. Tel. (0676) 655 25 79.

Junges Paar sucht **2-Zimmer-Wohnung**, ab 50 m<sup>2</sup>, auch mit Durchgangszimmer, Miete inkl. BK, Strom und Heizung, Lage möglichst zentral - St. Leonhard, Jakomini, St. Peter, Geidorf, Waltendorf. Provisionsfrei! 0664/ 4488656.

**Raum für Verein gesucht**

Anatolischer Kulturverein sucht Raum in Graz, mind. 50 bis 60 m<sup>2</sup>, max. 450 Euro, Tel. 0699/81969800 (Sercan).

**Musiker sucht Raum.** Schlagzeuger (48, Nichtraucher) sucht dringend einen Raum, in dem man ohne schlechtes Gewissen trommeln darf. Der Raum muss unbedingt trocken sein und einen Stromanschluss

haben. Kosten bis zu EUR 300.- inkl. BK. - darf natürlich auch billiger sein.. Tel.: 0699 - 146 44 44 0.

**Büroraum gesucht**

Suche günstigen **Beratungs- bzw. Büroraum** in Graz, ca. 150 Euro. Anrufe bitte unter Tel. 0664/395 5388 oder E-Mail sabine.riesenhuber@tele2.at

**Arbeit**

Übernehme stundenweise **Seniorenbetreuung** Tel 0676/ 53 52 341.

Suche Arbeit in **Küche, Reinigung** oder ähnliches, 0664/7900 718 (Frau Saba Gülcicek).

**Tagesmutter**

Ausgebildete **Tagesmutter** mit viel Erfahrung bietet Ihrem Kind liebevolle Betreuung! Von 6 - 16 Uhr! Kostenzuschuss (AMS, Magistrat). Graz-St. Leonhard, Haltestelle Mandellstraße, Linie 3+13. Einfach anrufen unter Tel. (0664) 49 47 426.

**Stofftiere zu vergeben**

**Plüschtiere** suchen aus akuter Platznot ein liebevolles Zuhause. Tel. 67 99 49 (Abends).

**Red:out** jeweils am **2. Montag des Monats** um 18:00 Uhr in der Traminer Weinstube, Klosterwiesgasse 2 (Nähe Jakominiplatz).



**Günstige Kleidung**

Der gemeinnützige Verein **AGAPE** verkauft gespendete, qualitativ hochwertige Damen-, Herren- und Kinderbekleidung zu sehr günstigen Preisen.

Der Reinerlös kommt kranken, behinderten oder sozial benachteiligten Kindern zugute. Außerdem werden laufend Sachspenden vergeben. Gespendete Waren werden auf Wunsch abgeholt.

Info: Tel. 0664 840 4381, Kaiser-Franz-Josef-Kai 40 (neben der Schloßbergbahn).

**Entrümpelung**

Wir entrümpeln und entsorgen prompt und zuverlässig zu günstigen Bedingungen! Montag bis Freitag ab 14 Uhr unter Tel: (0664) 977 57 91.

**Kaminholz**

Trockenes Holz, BUCHE oder EICHE, ofenfertig in sauber gelegter Kiste: 25cm - 33cm - 50cm, frei Haus, mit Kran oder Hubwagerl abgeladen, auch händische Einlagerung möglich, ab Euro 60,-/RM.

Info unter Tel. 0650 / 53 32 203 oder [www.kaminholz-frei-haus.com](http://www.kaminholz-frei-haus.com)

**Der Zentralverband der Pensionisten** lädt zum gemächlichen **Donnerstagstreffen** ein! Wir treffen uns zum Gedankenaustausch, Kartenspiel und anderen Vergnügungen.

**Jeden Donnerstag ab 14.00 Uhr** im Karl-Drews-Klub hinter dem Volkshaus in der Lagergasse 98a, 8020 Graz.

Impressum: Grazer Stadtblatt, Lagergasse 98a, 8020 Graz., Tel. 71 24 79, Fax 71 62 91 email: [stadtblatt@kpoe-graz.at](mailto:stadtblatt@kpoe-graz.at) DVR: 0600008

**Familienkompetenz: Beratung für Familien und Paare**

Wir bieten Ihnen – kostenlos, vertraulich, persönlich, verschwiegen – Beratung in allen Lebensbereichen:

- Jugendberatung
- Elternberatung
- Familienberatung (Einzel- u. Paarberatung)
- Suchtberatung
- Familien- und Paarkonfliktberatung
- Scheidungs- und Trennungsberatung
- Rechtsfragen
- Mediation

Unsere Familienkonfliktberatungsstellen in Frohnleiten, Weiz und

Fürstenfeld bieten neben der rechtlichen und allgemeinen Information auch psychosoziale Begleitung und Beratung für Einzelpersonen, Paare und ganze Familien, sowie für Kinder und Jugendliche.

Information und Beratungen sind in den Familienberatungsstellen vom Bundesministerium für Gesundheit, Familie und Jugend gefördert und für die Ratsuchenden kostenlos. Nähere Informationen bei Frau Mag. Sandra Sebinger, Tel. (0676) 64 38 864.

**Opfernotruf: 0800 112 112**

Opfer von Straftaten finden seit 1. Juli beim „Weißen Ring“ Unterstützung und Hilfe. Unter der kostenlosen Rufnummer 0800 112 112 ist rund um die Uhr ein umfangreiches Betreuungs- und Hilfsangebot abrufbar. Der Opfer-Notruf des Weißen Ringes bietet telefonische Krisenhilfe für Verbrechenopfer.



**TIERECKE**

Manchmal sind Menschen aus schwer wiegenden Gründen gezwungen, sich von ihrem Haustier zu trennen. Wir wollen mit unserer Zeitung helfen, dass diese Tiere ein gutes, neues Zuhause finden. Wir veröffentlichen Ihre Anzeige gerne. Schön wäre, wenn Sie uns auch ein Foto schicken könnten: Grazer Stadtblatt, c/o KPÖ Graz, Lagergasse 98a, 8020 Graz. Tel. 0316 /71 24 79 E-Mail: [stadtblatt@kpoe-graz.at](mailto:stadtblatt@kpoe-graz.at)



Labradormischlingsrüde Kurbas sucht guten Platz: 4 1/2 jähriger Labradormischlingsrüde (kastriert) an Leute mit Hundeerfahrung abzugeben (nicht zu Kindern und anderen Rüden, am besten wäre ein Platz mit Garten). Eigenschaften: sehr verspielt, gute Leinenführigkeit, bleibt ohne Probleme alleine. Kontakt: K. Franke-Fabian, email: [kf-namib@gmx.at](mailto:kf-namib@gmx.at), Tel. 0650/4337757

„Ich heiße Jessy und bin eine grau-schwarze Mischlingshündin, ca. 9 Jahre alt, und nach einem Todesfall im Tierheim. Dort bin ich traurig und einsam. Ich bin sehr anhänglich, treu, folgsam und verschmust. Ich bitte um kurze Spaziergänge, da meine Hüften etwas abgenützt sind, aber sonst bin ich völlig gesund. Ich mag Menschen und andere Hunde und würde meinem neuen Frauchen/Herrchen viel Liebe und Zuneigung schenken.“ Info unter Tel. (0664) 451 40 14.



Helpen statt reden.

Mieternotruf  
**71 71 08**





## Briefe an die Redaktion

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe gekürzt zu veröffentlichen

Grazer Stadtblatt: Lagergasse 98a, 8020 Graz  
Fax 71 62 91 E-Mail: [stadtblatt@kpoe-graz.at](mailto:stadtblatt@kpoe-graz.at)

### Einkaufen am Sonntag?

In unserer letzten Ausgabe haben wir gefragt, was unsere Leserinnen und Leser von den verlängerten Öffnungszeiten im Handel halten und ob sie auch sonntags einkaufen wollen. Der Tenor: Zu lange Öffnungszeiten sind der Tod für das Familienleben – und mit ein wenig Organisation braucht man am Sonntag oder in der Nacht wirklich nicht shoppen.

*Der Sonntag, der Tag wo die Handelsangestellten etwas unternehmen können, muss tabu bleiben.* Lotte R.

*Wo bleibt das Familienleben? Dann gibt es keine Zeit mehr für Kinder, noch mehr Scheidungen.* Ingrid S.

*Wir Verkäufer sind auch Menschen, die gerne Freizeit hätten für die Familie.* Walter S.

*Ein derartiger sozialer Abbau ist erschreckend.* Christine M.

*Bei längerem Offenhalten bleibt die Familie auf der Strecke.* Monika K.

*Offen am Sonntag: Eine Horror-Katastrophe!* Berta U.

*Jeder hat einen Kühl- und Gefrierschrank! Notfalls gibt es Tank-*

*stellen. Planen und mitdenken! Es gibt genug andere Bereiche, wo es ohne Nachtdienst nicht geht, aber in diesem Fall sehe ich keine Notwendigkeit.* Martha S.

### 190 Millionen für Straßenbahn

*Es ist erfreulich, dass die dringend notwendige Anbindung der Universität Graz an das Schienenverkehrsnetz nun endlich die Priorität hat. Überraschenderweise empfiehlt der Schweizer Experte Hüsler statt der Ringlinie „Uni 2er“ die Umlegung der Linie 1 über den Glacis und die Zinzendorfsgasse – also jene Linienführung, die von den verantwortlichen Politikern als nicht machbar verworfen wurde, weil die Straßenbahn in der Zinzendorfsgasse angeblich nicht ums Eck kommt.*

*Als Alternative wurde dann die Ringlinie „Uni 2er“ geplant. Bleibt zu hoffen, dass die Umsetzung eines der beiden Projekte ernsthaft in Angriff genommen wird. Der Gemeinderat ist aufgefordert, die Trassen zu sichern und die Detailplanung zu beauftragen. Nach gut zwei Jahrzehnten Diskussionen, Studien, Planungen und wieder neuen Studien ist es – so wie beim langen 6er – auch hier höchst an der Zeit, dass endlich gebaut wird.*

Dieter Kaltenbeck,  
Betriebsrat Uni Graz

### Wahlkrampf

*Unter Mitwirkung von Feuerwehrmännern verteilte SPÖ-Spitzenkandidat Walter Ferk einen „Notcent“ – ein Zwanzigcent-Stück – an 2200 Volksschulkinder. Kann es wahr sein, dass der politisch Verantwortliche für die Berufsfeuerwehr nicht weiß, dass alle Notrufnummern mit jedem Telefon kostenlos gewählt werden können? Ich halte diese Fehlinformation für Volksschüler, dass Notrufe mit dem Einsatz von Geld verbunden sind, für skandalös.*

Johann G. Flois, AHS-Lehrer

### Linz hat's, Graz hat's nicht: Verbilligte Dauerkarten.

*Seit Gründung des Verkehrsverbundes Graz im Jahr 1994 ist der Preis für die Jahreskarte von 2600 Schilling auf 308 Euro gestiegen, also um 68 Prozent. Zwar gibt es die Stundenkarte des Verbundes für Senioren und Familien unabhängig vom Einkommen zum halben Preis. Finanziell Bedürftige wie zum Beispiel Arbeitslose zahlen aber voll. Die Wochenkarte ist heute um ein Drittel teurer als 2001. In diesem Jahr schaffte Minister Martin Bartenstein die Teuerungsabgeltung für Arbeitslose ab. Sein Vorwand: Die Dauer der Arbeitslosigkeit kurz zu halten. Dazu hätte er aber genügend passende Arbeitsplätze anbieten müssen. Auch bei den zwischen Stadt Graz und Stadtwerken für GVB-Straßenbahnen und Busse ausgehandelten Haustarifen*

*schauen Einkommensschwache durch die Finger, wenn sie nicht zu den Senioren, Frührentenisten und Behinderten zählen.*

*Neben den Tarifproblemen sind Benützer öffentlicher Verkehrsmittel auch von Angebotsverschlechterungen vor allem auf Postbuslinien betroffen, aber auch von Servicemängeln wie dem Fehlen des früheren Übersichtsplanes Haltestelle Andreas-Hofer-Platz oder einer Zusammenstellung des Angebotes rund um den Schöckl.*

Viktor Pözl, 8010 Graz

### WETZELSDORF:

**Richtigstellung zu unserer letzten Ausgabe, Bezirkszentrum Wetzelsdorf:** Es ist zwar korrekt, dass das Cafe Postkastl und auch der ADEG gesperrt haben, aber WIR als Trafik bestehen noch immer weiter, woran sich auch in naher Zukunft nichts ändern wird! TRAFIK KOBV GRAZ

*der adeg ist weg, die trafik ist noch existent. es scheint wirklich so zu sein, dass in wetzelsdorf niemand von den verantwortliche an eine urbane wohn- und lebensinfrastruktur interessiert ist, so wurden im bereich der belgierkaserne wo die ältesten wohnhäuser der gegend stehen rund 50 parkplätze zugunsten einer 150 meter langen busspur wegrationalisiert. die autobusspur wurde zeitlich nicht beschränkt, obwohl am abend kein autobus mehr verkehrt und am wochenende nur mehr ein eingeschränkter verkehr einer einzigen linie besteht.*

kurt st., 8054

### Second Hand – der beste Trend!

VEREIN HELFENDE HÄNDE,  
QUERGASSE 6

Kleidung für Herren, Damen  
und Kinder  
ab 1 Euro!

Kinderwagen,  
Spiele, Elektro-  
artikel, Bilder,  
Krimskrams und  
Kunst zu super  
Preisen!

Jindra Michael, Quergasse 6,  
8010 Graz

Tel: 0650 / 912 80 91



## Das Leben und das Vermächtnis des Ernesto Che Guevara



Anlässlich des 40. Todestages des Revolutionärs zeigt der Kulturverein CHE in Zusammenarbeit mit dem Rechbauerkino eine 3 tägige Filmreihe.

Eröffnet werden die Filmtage mit einer  
**Lesung aus dem bolivianischem Tagebuch**

Es liest **Kurt Palm**

Termin: **Mo. 8. 10. 2007: 19 Uhr**

anschl. Film: Das bolivianische Tagebuch

**Di. 9. 10. 2007: 20 Uhr Film: Ernesto CHE**

**Guevara - VIDA BUSQUEDA REGRESO (OF)**

**Mi. 10. 10. 2007**

**19 Uhr Film: Mi padre El Che**

**20 Uhr Film: Das Jahrhundert des Sturms**

[www.kulturverein-che.at](http://www.kulturverein-che.at)

### **KPÖ Fanshop**



T-Shirts  
vota comunista,  
10 Euro

Buttons, verschiedene  
Motive, 24mm.

Tel. 71 71 08

[www.kpoe-graz.at](http://www.kpoe-graz.at)



# EU-VERFASSUNG: NAME GEÄNDERT, INHALT BLEIBT SCHLECHT

## Volksabstimmung jetzt!



Die Rüstungslobby profitiert am meisten von der EU-Verfassung, die eine verstärkte Militarisierung der EU festlegt.

Die Meinung der Bevölkerung in den Mitgliedsstaaten ist für die Strategen des Ausbaus der EU zu einer Supermacht uninteressant. Das ist der Schluss, den man aus dem Spiel um die EU-Verfassung ziehen muss. In Volksabstimmungen haben Frankreich und die Niederlande „Nein“ zu diesem gefährlichen Projekt gesagt, Referenden in Großbritannien oder Dänemark haben gar nicht stattgefunden.

Trotzdem will man das, was die Menschen dort, wo man sie fragt, bereits mehrheitlich angelehnt haben, schon bald zum Gesetz erheben. In Österreich wurde die Bevölkerung bisher nicht einmal gefragt.

Zur Zeit tagt eine Regierungskonferenz, die im Herbst die Verfassung beschließen soll. Nur den Namen Verfassung wird sie nicht mehr haben. Es heißt jetzt offiziell „Abänderungsvertrag“ und in

der Öffentlichkeit spricht man von einem „Reformvertrag“, weil das besser klingt.

### Kosmetik

Der Hauptautor des Verfassungsvertrages, der ehemalige französische Präsident Valéry Giscard d'Estaing, hat aber am 17. Juli vor dem konstitutionellen Ausschuss des Europäischen Parlaments offen darauf verwiesen, dass die Inhalte größtenteils unverändert geblieben seien, sie würden lediglich anders dargestellt. Die Regierungen der EU hätten sich auf „kosmetische Veränderungen“ der Verfassung geeinigt, um sie leichter verdaulich zu machen. Ziel sei es, Referenden in den Mitgliedstaaten zu umgehen.

Genau darum geht es: Man fürchtet sich vor der Bevölkerung. Schließlich wird auch im neuen Vertrag die weitere Militarisierung der EU festgeschrieben. „Alle Regelungen

des Verfassungsvertrags für den Militärbereich sollen in den neuen EU-Vertrag übernommen werden. Der bisherige Nizza-Vertrag verbietet einen eigenen EU-Militärhaushalt (zusätzlich zu den einzelstaatlichen), der neue Vertrag würde dieses ermöglichen. Deshalb auch der Druck der Rüstungs- und Militär-Lobby für den neuen Vertrag. Der Mi-

litärbereich war das Rückgrat des Verfassungsvertrages. Der Reformvertrag ist ebenfalls ein Militärvertrag. Mit ihm wird kein sozialeres, friedlicheres Europa geschaffen“, sagt der linke EU-Abgeordnete Tobias Pflüger aus Deutschland.

Und weil das so ist, treten wir in Österreich für eine Volksabstimmung über den EU-Vertrag ein.



Die EU gefährdet die Neutralität Österreichs. Jetzt wirbt das Bundesheer schon 17jährige für Auslandseinsätze. Das Soldatenleben ist nicht immer lustig.

## Amtliche Preisregelung: Sagen Sie uns Ihre Meinung und gewinnen Sie!

### Umfrage zu Höchstpreisen:

Verlost werden Buchpreise und T-Shirts.

**Sollten die Preise für Lebensmittel, Treibstoff, Heizen und Wohnen reguliert werden, damit lebensnotwendige Güter erschwinglich bleiben? (Bitte ankreuzen)**

- 1.) Unbedingt, ohne amtliche Preisbindung steigen die Preise weiter.
- 2.) Der Staat soll sich da raushalten.
- 3.) Ist mir egal, ich kann mir sowieso alles problemlos leisten.

Ich hätte gerne regelmäßig Informationen der KPÖ Graz zugeschickt.

\_\_\_\_\_  
 \_\_\_\_\_  
 \_\_\_\_\_

Name: \_\_\_\_\_

Adresse: \_\_\_\_\_

Falls Sie ein T-Shirt als Preis wollen, bitte Größe angeben (S/M/L/XL/XXL) \_\_\_\_\_



An das **Grazer Stadtblatt**

c/o KPÖ-Graz  
 Lagergasse 98a  
 8020 Graz



**Wahnsinnspreise.** Lebensmittel und Waren des täglichen Bedarfs werden immer teurer – der freie Markt macht es möglich. Die KPÖ denkt nun an einem amtliche Preisregelung, die den Wucher stoppen könnte – wie sie vor dem EU-Beitritt üblich war.

### Sagen Sie uns Ihre Meinung!

Schreiben Sie uns Ihre Meinung: KPÖ-Elke Kahr, Lagergasse 98a, 8020 Graz, Fax 71 62 91 oder E-Mail: stadtblatt@kpoe-graz.at

Fax: 71 62 91